Frühjahr 2011

Sperre

Münsters Magazin für Arbeit, Soziales & Kultur

kostenlos!

Das Schweigen brechen:

Elias Bierdel leistet Lobby-Arbeit für mehr Humanität: Ein Gedicht

‚Wer MANN nicht mehr traut‘

SPERRE-Titel über Ängste & Hoffnungen weiblicher Gewaltopfer in Frauenhäusern

Der Stier packt Europa bei den Hörnern:

Zum kriselnden Innenleben des Euro

frauen tun NOT

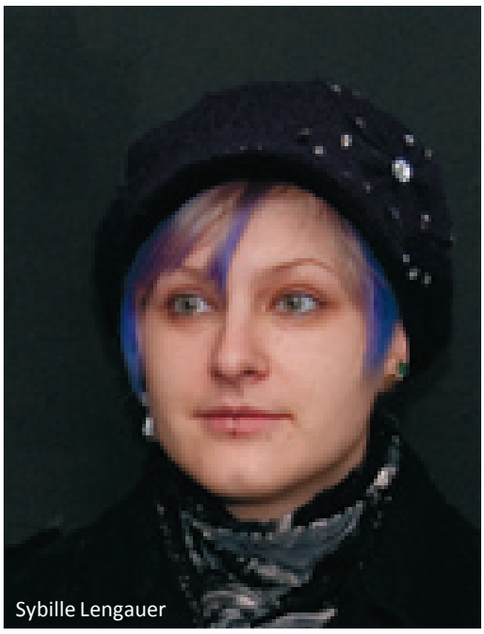
Zwischen Jubel & Verdruss - Für die UN ist 2011 das Jahr der Frauen

Fon: 0251-51 11 77
www.sobi-muenster.de
Sobi
Sobi - wir bringen in Bewegung!

STADT MÜNSTER
Presseamt
Ganz Münster auf einen Klick
Infos und Service im Stadtnetz publicom
www.muenster.de
Portal für Münster und das Münsterland
www.muenster.de/verkehr
Infos zu Fahrrad, Bus, Bahn und Auto
www.muenster.de/stadt
Rat, OB, Ämter, Vorlagen, Vordrucke online
www.muenster.de/medien
News aus der Stadt, Medien in Münster
www.muenster.de/stadt/sozialamt
Sozialhilfe, Hilfen bei Pflege und Behinderung
www.muenster.de/buergernetz
Gruppen, Vereine und Bürger im Netz

ZEIT FÜR MITBESTIMMUNG /// ZEIT FÜR DEN MÜNSTERPASS /// ZEIT FÜR REGENERATIVE ENERGIEN /// ZEIT FÜR PREISWERTE WOHNUNGEN /// ZEIT FÜR MEHR KINDERBETREUUNG /// ZEIT FÜR GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT ZEIT FÜR DIE VERKEHRSWENDE /// ZEIT FÜR EIN NEUES SÜDBAD /// ZEIT FÜR BÜRGERINNEN- UND BÜRGERRECHTE /// ZEIT FÜR DATENSCHUTZ /// ZEIT FÜR WELTOFFENHEIT /// ZEIT FÜR „EINE SCHULE FÜR ALLE" /// ZEIT FÜR EINE STADTBAHN /// ZEIT FÜR EINE NACHHALTIGE WIRTSCHAFT /// ZEIT FÜR EINEN NEUEN HAUPTBAHNHOF /// ZEIT FÜR
ZEIT FÜR GRÜN.
BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
WWW.GRUENE-MUENSTER.DE

Heute auf dem Stundenplan:
Schule&Zeitung.


Sybille Lengauer

Editorial

Welttage im Visier

Welttage gibt es wie Sand am Meer. Ob es sich nun um den „Welt-Kuss-Tag“ am 6. Juli, oder den „Internationalen Tag der Berge“ am 11. Dezember handelt, fast jeder Tag ist mittlerweile mit einem Motto besetzt. Doch woher kommt diese Welttagsinflation eigentlich?

Ihren offiziellen Touch erhielten die Welttage 1947 von der UN, die sich zur Belohnung gleich einen eigenen Tag gönnte. So ist der 24. Oktober seither der „Tag der Vereinten Nationen“. Allerdings war man bescheiden genug, diesen Ehrentag nicht auch noch international zu proklamieren.

Scheinbar auf den Geschmack gekommen, ruft die UN seitdem fleißig neue Welttage ins Leben, die an wichtige „politische, soziale, kulturelle, humanitäre und die Menschenrechte betreffende Angelegenheiten“ erinnern sollen. Und davon gibt es immerhin eine ganze Menge! Mehr als einhundert Termine enthält das Verzeichnis der Internationalen Tage auf der Website des Informationszentrums der UN mittlerweile.

Zusätzlich rufen Welttagefans fast täglich neue Mottos im Dutzend aus, die es uns ermöglichen, wirklich alles zu feiern, was uns lieb und teuer ist. So adelte man den 21. Jänner als „Internationalen Jogginghosentag“ und Fans des britischen SiFi-Autoren Douglas Adams begehen jährlich den „Towel-Day“, an dem sie mit einem Handtuch bewaffnet ihren Alltag bestreiten. Doch haben die Welttage noch einen anderen Sinn, als den Kalender zu beschlagen oder uns sinnfrei zu bespaßen?

Der „Weltfrauentag“ oder auch „Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden“, feiert dieses Jahr seinen 100. Geburtstag. Immerhin bestand seine Urform bereits, bevor sich die UN die Verteilung der Welttage aufs internationale Banner geschrieben hat. Seit damals hat sich einiges verändert. Anfängliche Ziele - wie das Frauenwahlrecht - konnten, zumindest in Europa und den USA, erfolgreich durchgesetzt werden. Anders sieht es bei Themen wie „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ aus. Frauen erhalten durchschnittlich immer noch weniger Entlohnung für ihre Mühen, in Deutschland beträgt der Unterschied zwischen Mann und Frau manchmal 25% !

Verpönte Knochenjobs wie jener der Hausfrau, werden bis heute mit einem warmen Händedruck entlohnt. Ob ein einzelner, internationaler Tag etwas daran zu ändern vermag, ist allerdings fraglich.

Doch wie sieht es eigentlich umgekehrt aus? Auch die Emanzipation des Mannes scheint noch in den Kinderschuhen zu stecken, obwohl man(n) sich mittlerweile einen eigenen Welttag erstritten hat: Der 3. November ist seit dem Jahr 2000 allein den Herren der Schöpfung geschuldet.

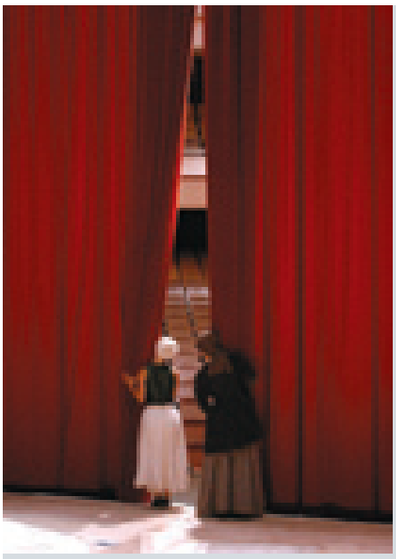
Allerdings hatte dieser wenig damit zu tun, dass 2010 zumindest das Sorgerecht für unverheiratete Väter gerichtlich verankert wurde. Dazu musste erst der Europäische Gerichtshof bemüht werden. Auch Themen wie die Gewalt in der Familie sind sehr einseitig geprägt. Wählt ein Mann, der von seiner Frau verprügelt wird, den Weg in die Öffentlichkeit, so läuft er Gefahr als Schlappschwanz und Witzfigur hingestellt zu werden. Männerhäuser sucht man in Deutschland mit der Lupe. Bis zu 400 Frauenhäuser stehen in Deutschland einem einzigen Männerhaus gegenüber.

Foto: Jörg Landsberg

Vielleicht wäre es an der Zeit, gleichberechtigt für die Rechte beider Geschlechter zu streiten?

Vielleicht wäre es an der Zeit, gleichberechtigt für die Rechte beider Geschlechter zu streiten? Den dazugehörigen Tag gibt es natürlich schon. Am 10. Dezember feiert man nämlich den internationalen Tag der Menschenrechte.

Sybille Lengauer



sperre_Frühjahr 2011

1910 beschloss die II. Internationale Frauenkonferenz, an der mehr als 100 Delegierte aus 17 Ländern teilnahmen, die Einführung eines jährlichen Internationalen Frauentages. 1911 fand er zum ersten Mal statt. Die deutsche Sozialistin Clara Zetkin gilt als Initiatorin dieses Tages in Europa.

(Foto: Jörg Landsberg)

6 FRAUEN IN NOT oder Wer MANN nicht mehr traut

2011 ist das Jahr der Frau. Für unseren Autor Jörg Billerbeck Grund genug, Frauenhäuser unter die Lupe zu nehmen, mit weiblichen Opfern männlicher Gewalt zu reden, den Begriff ‚Gewalt' zu analysieren und zu fragen: Gibt es auch Gewalt von Frauen gegen Männer?

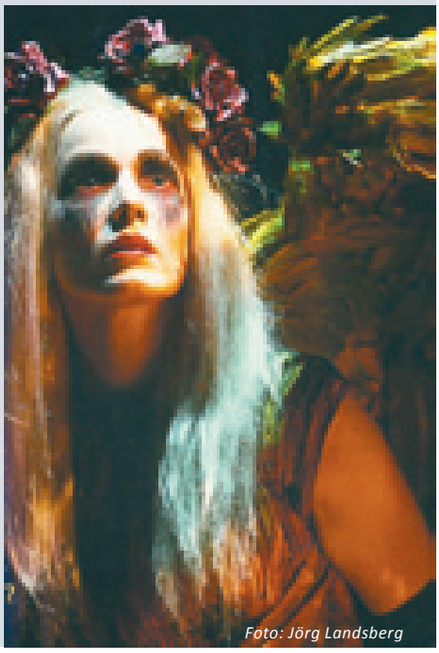


Foto: Jörg Landsberg

frauen in NOT

TITEL

JÖRG BILLERBECK
6 FRAUEN IN NOT
Über Frauenhäuser & Gewalt

ARBEIT & SOZIALES

ARNOLD VOSKAMP
16 Tipps für die Selbstständigkeit

Perso- & Passkosten für Bedürftige

THOMAS KOLLMANN
18 Nicht Ghetto - sondern Mustersiedlung
Experten fordern die Befriedung des Quartiers Brüningheide-Schleife in Kinderhaus

21 „Hol schon mal das Rad, Harry"
Die Zukunft fest im Visier

Das MALTA und die Schreibwerkstatt
stellen sich vor

TYLL ZWINKMANN
22 Sparen in jeder Lebenslage
Der neue Münster-Ratgeber FAST UMSONST

CHRISTOPH THELIGMANN
23 Wird seine Krise unsere Not
Der €uro krankt vor sich hin

25 NRW zahlt wieder Geld für Erwerbslosen-initiativen

Gedicht: Großer Aufruhr im Wald

25 IMPRESSUM

ARNOLD VOSKAMP
26 Unwürdig & undurchschaubar
Die neuen Hartz-IV-Leistungen

CHRISTOPH THELIGMANN
28 Im Spiegel der Gerechtigkeit
Der 3. Teil der SPERRE-Serie

Foto: Nadine Fallak

FAST UMSONST
Die neue Münster-Broschüre liefert Namen, Adressen und Telephon-Nummern gegen die Sorgen und Nöte des Alltags, für Rat und Tat sowie zur Schonung des kleinen Geldbeutels. Die kostenlose Broschüre war in ihrer 1. Auflage von 5.000 Exemplaren (finanziert von der Siverdes-Stiftung) bereits nach einer Woche vergriffen. Eine 2. Auflage ist geplant. Infos & Verbesserungsvorschläge: Magazin SPERRE u. abm e. V. - Tel. 0251-511.121

Abb. © public domain

28 Die SPERRE-Serie zum Thema ‚Gerechtigkeit'

„Der eitle Ungeist der (modernen) Künste dient dem verantwortungsfreien Ungeist des heutigen Kapitalismus als Vorbild", schrieb der US-Soziologe Daniel Bell (1919-2011)

Foto: © Getty

37 Die JOOP-Center adeln die Wirklichkeit von Hartz IV.

So wie Karl Lagerfeld jene von C & A. Die Glosse in der SPERRE

KULT-TOUR

ELIAS BIERDEL

31 Das Schweigen brechen & dichten

Lobby-Arbeit für mehr Humanität

NORBERT ATTERMEYER

33 Rent a Schröder & Co.

Leiharbeitsmarkt in der EU soll für Politiker geöffnet werden

SYBILLE LENGAUER

36 Das Odessa-Experiment

Im Roman von Martin de Wolf vernichten Politiker Arbeitslose, um die Probleme des Sozialstaats zu lösen

ARNOLD VOSKAMP

37 Kein Hartz IV für den Modeschöpfer

Karl Lagerfeld - oder die Arge wird zum JOOP-Center

JÖRG BILLERBECK

38 Urteile & Tipps

Keine Anrechnung von Schmerzensgeld bei ALG 2 / Lotto-Gewinner muss sich Gewinn anrechnen lassen / Kita-Reise wird nicht vom Amt bezahlt / Bagatellkündigungen- der Fall Emmely / Vorschüsse beim 1-€-Job müssen zurückgezahlt werden / Mietminderung erst nach Mängelanzeige / Keine Pflicht des Vermieters, einen bestimmten Nachmieter zu akzeptieren

Er war ein Freund der Jugend und ihm war stets an einer breiten Grundbildung der Bevölkerung gelegen. Menschenbildung war für ihn die „wichtigste Staatsangelegenheit". Tatsachen, an die wir mit Freude erinnern wollen. Wir wissen nicht, welche Lektüre ihnen Reichsfreiherr Franz von Fürstenberg (1729-1810 - Minister u. Generalvikar in Münster) heute empfehlen würde.
Wir empfehlen ihnen die SPERRE.
Gegen Voreinsendung von 1.45 € schicken wir ihnen unser Magazin gerne zu.
Rufen sie uns an: Tel. 0251-511.121.
(Montage: Rafael Warzecha).

frauen in NOT

WER MANN NICHT MEHR TRAUT....

Über Verzweifelung, Angst und Hoffnung von weiblichen Gewaltopfern in Frauenhäusern

„Sie betrat das Schlafzimmer und feuerte aus einer Entfernung von rund 60 cm den Inhalt der gesamten Trommel des achtschüssigen Revolvers in Sekundenschnelle auf ihren schlafenden Ehemann ab“.

Von Jörg Billerbeck - Fotos: © Jörg Landsberg

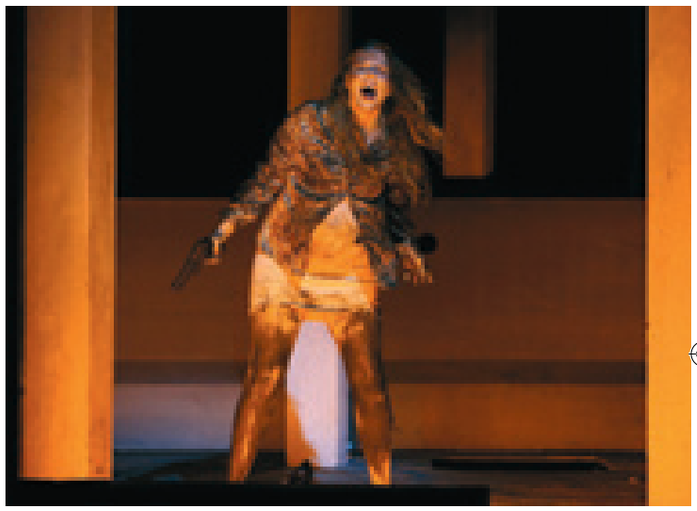
WAS sich anhört wie eine spannende Passage aus einem kitschigen Krimi, ist bittere Realität. So geschehen am 21. September 2001. Das Zitat entstammt der Sachverhaltswiedergabe eines Urteils durch den Bundesgerichtshof (BGH, 1 StR 483/02, Urteil vom 25.03.2003) wegen Heimtückemordes. Der Fall gehört zur Gruppe des sog. „Haustyrannenmordes“: Frauen, die über Jahre von ihren Männern beleidigt, bedroht, verprügelt und vergewaltigt werden, sehen keinen anderen Ausweg mehr, als ihren Peiniger zu töten. Die Verurteilte, zugleich zweifache Mutter, bezeichnete ihre Tat selbst als „einzige Lösungsmöglichkeit“. Zuvor hatte sie dreimal versucht, sich das Leben zu nehmen.

Das Urteil gibt erschreckende Details wieder, die uns ahnen lassen, was die betroffene Frau unter dem Einfluss ihres Mannes, dem Mitglied einer Rockerbande, durchmachte: Kurze Zeit nach dem Beginn der Beziehung im Jahre 1983 ohrfeigte das spätere Mordopfer sie und schlug ihr mit der Faust in das Gesicht. Selbst als sie schwanger war, trat er ihr in den Bauch. Beleidigungen wie „Schlampe“ und „Hure“ standen auf der Tagesordnung. Springerstiefel und Baseballschläger kamen „zum Einsatz“. Nur ein paar Beispiele, dem Urteil entnommen, die alles in allem dazu führten, dass die betroffene Frau, wie es heißt, „an die Grenzen ihrer psychischen und physischen Belastbarkeit“ geriet.

Man fragt sich, ob man ihr wirklich vorwerfen möchte, dass sie, aus (wohl begründeter) Angst, es würde nur noch schlimmer werden, die sadistischen Praktiken ihres Mannes wort- und tatenlos duldete.

Doch was hat diese Schilderung mit dem Leitthema dieses Artikels (Frauenhäuser) zu tun? Nun, auch die Verurteilte wagte 1988 einen Trennungsversuch und ging in ein Frauenhaus. Doch sie kehrte nach vier Wochen zu ihrem Mann, der Besserung gelobte, zurück. Wie wir heute wissen, ein folgenschwerer Entschluss, der ihr zunächst eine neunjährige Haftstrafe seitens des Landgerichts als Vorinstanz einbrachte.

Anmerkung: Rechtfertigung der Tat durch Notwehr, § 32 StGB, scheidet aus, da der schlafende Mann kein „gegenwärtiger“ Angriff sein konnte; in Betracht kommt aber „entschuldigender Notstand“ nach § 35 StGB. Ferner wird in derartigen Fällen mit Bezug auf eine grundlegende, vorhergehende Entscheidung des Bundesgerichtshofs die Strafe wegen „außergewöhnlicher Umstände“ gemildert.



‚Die Macht zu töten und die Ohnmacht des Opfers sind latent und manifest Bestimmungsgründe der Struktur sozialen Zusammenlebens‘ (Heinrich Popitz, dt. Soziologe)

Dass es zum Glück nicht immer so enden muss, werden wir später anhand der wahren Geschichte der Nadine F. mit ihrem Sohn Tim (Name von der Redaktion geändert) sehen, die sich bereit erklärte, unserer Zeitschrift über ihren siebenmonatigen Aufenthalt in einem nordrhein-westfälischen Frauenhaus zu berichten.

FRAUENHÄUSER – EINE BEGRIFFSBESTIMMUNG

Mit Frauenhäusern sind im kontinental-europäischen Raum Zufluchtsstätten gemeint, die Frauen (mit und ohne Kind), welche Opfer von häuslicher Gewalt geworden sind – jedenfalls vorübergehend – geschützte Unterkünfte anbieten, in denen auch Hilfe und Beratung stattfinden. Es ist zu unterscheiden zwischen Frauenhäusern mit autonom,, in der Regel feministisch geprägtem Hintergrund und solchen, die sich in kirchlicher bzw. karitativer Trägerschaft befinden.

frauen in NOT

2008 verzeichnete Amnesty International 363 Frauenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland. Jährlich suchen ca. 40.000 Frauen den Weg in derartige Einrichtungen.

In Nordrhein-Westfalen gibt es 67 Frauenhäuser. Eine aufschlussreiche Internetpräsenz findet man unter www.frauen-info-netz.de. Dort gibt es eine Datenbank zu autonomen, nordrhein-westfälischen Frauenhäusern. Die Startseite enthält eine Landkarte, aus der die Städte mit Frauenhäusern und die verfügbaren Plätze hervorgehen.

Frauenhäuser haben, unabhängig von ihrer Organisationsform, ähnliche Zielsetzungen, welche die Besonderheiten der Situationen der Frauen für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft berücksichtigen:

- Hilfsangebote für betroffene Frauen und ggf. ihrer Kinder, die dazu dienen sollen, die psychische Stabilität und innere Ausgeglichenheit wiederherzustellen („Verarbeitung“)
- Betreuung von Kindern unter pädagogischen Gesichtspunkten („Kinderbetreuung“)
- Unterstützung in juristischen Fragen, vor allem im Familien- und Sozialrecht, und dem Bereich der Gesundheit im Allgemeinen („Beratung“)
- Unterstützung beim Suchen eines neuen Obdachs und Beratung nach der Zeit im Frauenhaus („Perspektivfindung“).

Rechtsgrundlagen und die Finanzierung der Frauenhäuser sind nicht unproblematisch. Nur ein Standbein bilden private Spenden. Daneben gibt es aber auch (in der Regel freiwillige) öffentliche Zuwendungen durch Stadt, Kreis und Land, also vornehmlich den Kommunen.

Genaueres regeln Richtlinien und Verwaltungsvorschriften, so etwa in Nordrhein-Westfalen der Runderlass vom 08.12. 2009 des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration.

Jüngst stellten die Oppositionsfraktionen Anträge auf eine langfristige und bundeseinheitliche Finanzierung der Frauenhäuser. Diese wurden jedoch am 05.05. 2010 vom Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt, jedenfalls vorläufig, unter anderem mit dem Argument, dass die Zuständigkeit von Familien- und Arbeitsministerium ungeklärt sei und der Bericht zur Lage der Frauenhäuser abgewartet werden müsse.

‚Frau, sei die Veränderung, die du in der Welt sehen willst‘

GESCHICHTE DER FRAUENHÄUSER

Frauenhäuser begegnen uns nicht nur in der Neuzeit, sondern haben historische Wurzeln. Ein Blick ins kaiserliche Japan der Edo-Zeit (1603 bis 1868) zeigt eine erschreckende Situation der Frauen. Es galt das konfuzianische Prinzip „danson johi“ (Vorherrschaft der Männer über Frauen). Auf Ehebruch stand die Todesstrafe. Für betroffene japanische Frauen existierten in einigen buddhistischen Tempeln, in sog. Flucht- (kakekomi dera) oder Scheidungstempeln (enkiri dera), Zufluchtsorte. Im europäischen Raum nahmen seinerzeit Klöster eine derartige Funktion wahr.

Als erstes Frauenhaus der Moderne gilt jenes in England, von Erin Pizzey gegründet, gelegen im

Londoner Vorort Chiswick. Viele misshandelte Frauen fanden, auch mit ihren Kindern, den Weg dorthin. Die Nachfrage war derart groß, dass Pizzey, die darauf bestand, niemanden, der Hilfe bedurfte, abzuweisen, in ein größeres Haus umziehen musste. Auch wenn der Staat lediglich 36 Plätze genehmigte, wurden deutlich mehr, gar bis zu 140 Frauen aufgenommen. Daraus resultierende „Reibereien“ mit den Behörden blieben auf Grund öffentlichen Augenmerks ohne Konsequenzen.

In Deutschland hatte sich in den 60er-Jahren zunächst eine Studentinnenbewegung etabliert. Aus ihr ging in den 70er-Jahren eine „neue“ Frauenbewegung hervor, die weibliche Solidarität einforderte. ‚Frau’ prangerte an, dass geschlechtsspezifische Fragen seitens der Männer nur in der Öffentlichkeit und nicht im und für das Privatleben diskutiert wurden, selbst unter den „linken Männern“. Im Zuge einer sozialen Neustrukturierung formierten sich Fraueninitiativen und Frauenprojekte, welche der Eröffnung erster Frauenhäuser den Weg ebneten.

So wurden 1976 in Berlin (West) und Köln erste Frauenhäuser gegründet. Sie waren (wegen ihres politischen Hintergrunds) autonomer Natur. Die Zufluchtsstätte in Berlin galt als Pilotprojekt. Es wurde zu 20% vom Land und zu 80% vom Bund finanziert. Bald mussten die autonomen Häuser den Anspruch, dem politischen (Erfahrungs-)Austausch zu dienen, aufgeben. Stattdessen traten Gesichtspunkte der Sozialarbeit und Sozialpädagogik in den Vordergrund. Dementsprechend wurden in der Folgezeit auch Frauenhäuser in Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden bzw. von Kirchen gegründet, die sich von rein feministischen Motiven distanzierten.

Unterschiede zu den autonomen Frauenhäusern ergaben sich aus dem Konzept, dem hierarchischen Aufbau und der Finanzierung.

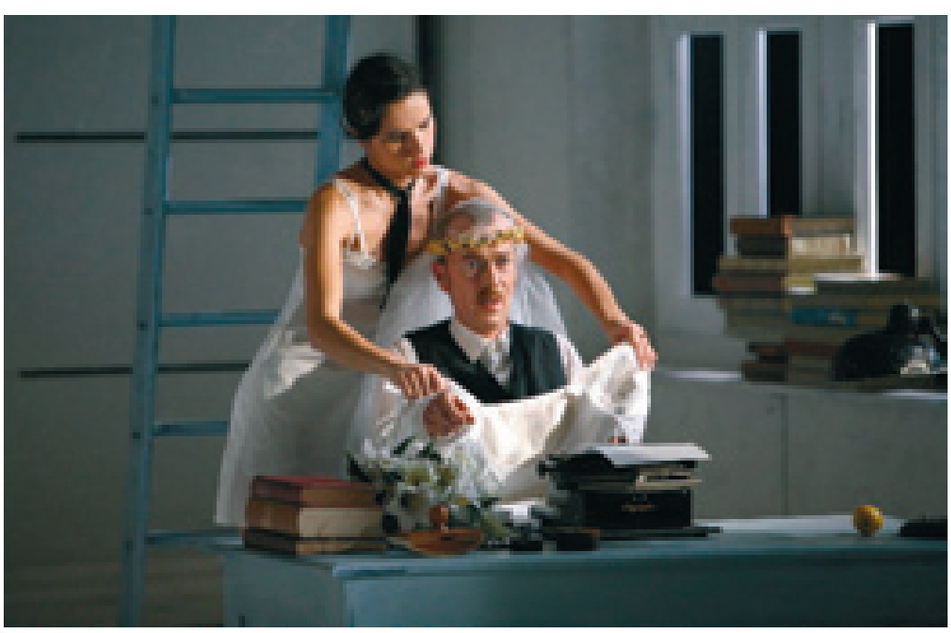
Mit der Zeit wurde ein nicht unerheblicher Teil der autonomen Frauenhäuser durch die finanziell bessergestellten, verbandlsmäßig organisierten Zufluchtsstätten übernommen. Heute jedoch kann man von einer deutlichen Annäherung beider Formen und einer zielgerichteten Zusammenarbeit sprechen.

VOR ORT - FRAUENHÄUSER IN MÜNSTER

Wer sich in Münster häuslicher Gewalt oder deren Androhung ausgesetzt sieht, hat diverse Stellen zur Auswahl, die Hilfe anbieten. Zahlreiche Beratungsstellen findet man etwa in der neuen Broschüre FAST UMSONST, dem vom abm e. V. herausgegebenen Münster-Ratgeber (Infos: Tel. 511.121), in den aktuellen gelben Seiten, im örtlichen Telefonbuch für Münster sowie im Internet. ▶

DIE ERSTEN FRAUENHÄUSER UND IHRE STANDORTE IM ÜBERBLICK:

LAND	STADT	ERÖFFNUNGSJAHR
England	London	1971
Schottland	Edinburgh	1974
Niederlande	Amsterdam	1974
USA	St. Paus/Minnesota	1974
Australien	Sidney	1974
Deutschland	Berlin und Köln	1976
Österreich	Wien	1978
Schweiz	Zürich	1979



Der psychische Zwang, die freie Willensbetätigung eines anderen zu beeinträchtigen, ist auch Gewalt

frauen in NOT

In Münster und der näheren Umgebung gibt es zwei autonome Frauenhäuser: eines seit 1991 in Münster selbst (Tel.: 02506/6755, Email: muenster@frauenhaus-und-beratung.de) und eines seit 1980 in Telgte (Tel.: 02504/5155). Telefonisch sind sie rund um die Uhr erreichbar. Die Adressen werden aus Gründen der Sicherheit geheim gehalten.

Hinter diesen Einrichtungen steht der „Verein Frauenhaus und Beratung e.V.“, dessen Name im Gründungsjahr 1976 noch „Frauen helfen Frauen e. V.“ lautete. Seit 2000 unterhält er zusätzlich eine Frauenhausberatungsstelle (Achtermannstr. 19, Tel.: 0251/1420810, Email: frauenhausberatungsstelle@t-online.de).

Ebenso besteht ein Frauenhaus in kirchlicher Trägerschaft. Es wird unterhalten vom „Sozialdienst katholischer Frauen e. V. Münster“, der dem Deutschen Caritasverband angeschlossen ist. Auch dort ist eine permanente telefonische Erreichbarkeit unter 0251/374488 gegeben (Email: frauenhaus@skf-muenster.de, Homepage: www.skf-muenster.de).

Wer sich dazu durchringt, in ein Frauenhaus zu gehen, sollte beherzt, aber nicht völlig spontan handeln. Es wird dazu geraten, wichtige Dokumente wie Ausweis, behördliche Schreiben, usw. mitzubringen, jedoch auch Spielsachen, sofern Kinder mitgenommen werden.

WAS IST GEWALT?

Anknüpfungspunkt für die Aufnahme im Frauenhaus ist, dass die Betroffenen Opfer von „Gewalt“ sind. Die Definition von „Gewalt“ fällt jedoch nicht leicht. Sie unterliegt der Betrachtungsweise, etwa der politischen, juristischen oder soziologischen. An dieser Stelle seien einige bedeutende Ansätze herausgefiltert, die den genannten Bereichen zugeordnet werden können:

Im Bereich der Politik stößt man ohne weiteres auf den Begriff der Staatsgewalt. Diese ist „Macht“ oder auch „Herrschaft“. Grundlegend gilt in Deutschland, dass die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, Artikel 20 Abs. 2 GG. Es existiert ein Gewaltmonopol des Staates, demnach die Ausübung bzw. das Erlauben der physischen Gewalt ihm vorbehalten ist.

Die Soziologie versteht Gewalt als „Quelle der Macht“. Um einen gewichtigen Ansatz zu benennen, sei auf Heinrich Popitz (dt. Soziologe, 1925-2002) in „Phänomene der Macht“) verwiesen. Darin führt er aus, dass Gewalt eine ständig vorhandene Möglichkeit menschlichen Handelns ist. Keine komplexe gesellschaftliche Ordnung basiert, ihm zufolge, auf dem Vorbehalt der Gewaltlosigkeit. Er schreibt:

„Die Macht zu töten und die Ohmacht des Opfers sind latent und manifest Bestimmungsgründe der Struktur sozialen Zusammenlebens.“.

Eng ist die Begriffsbestimmung im (Straf-)Recht: So muss das Opfer physischen Zwang verspüren, mittels dessen ein tatsächlicher oder auch nur erwarteter Widerstand überwunden werden soll. Der Bundesgerichtshof konkretisiert: „Gewalt ist körperlich wirkender Zwang durch die Entfaltung von Kraft oder durch sonstige physische Einwirkung, die nach ihrer Intensität geeignet ist, die freie Willensentschließung oder Willensbetätigung eines anderen zu beeinträchtigen.“.

In der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) gibt es einen eigenen Schlüssel für die Gewaltkriminalität. Ihm zugeordnet sind die „typischen“ Delikte, die physische Gewalt beinhalten, unter anderem die gefährliche und schwere Körperverletzung, die sexuelle Nötigung, (Vergewaltigung) und selbstverständlich Mord und Totschlag. Überdies sind Strafnormen vorhanden, die psychische Gewalt erfassen: Nötigung, Beleidigung, Bedrohung und der relativ neue Tatbestand der Nachstellung (2007), der auf das „Phänomen“ des sog. „Stalkings“ Bezug nimmt.

Ständige Kontrolle, Verweigerung von Anerkennung oder die Zerstörung des Selbstwertgefühls sind psychische Gewalt

Zudem besteht nach dem „Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalt und Nachstellungen“ die Möglichkeit, gewalttätigen oder mit Gewalt drohenden Personen den Aufenthalt in der Nähe des Opfers bzw. die sonstige Kontaktaufnahme zu untersagen.

Eine weitere wichtige Unterscheidung trifft Johan Galtung (geb. 1930, norw. Mathematiker, Soziologe und Politologe, e. d. Gründungsväter d. Friedens- u. Konfliktforschung), und zwar zwischen personaler und struktureller Gewalt: Personale Gewalt ist die selbst und unmittelbar verwendete Gewalt.

Strukturelle Gewalt hingegen knüpft an den unausgewogenen Zustand zwischen den Machtverhältnissen an, der zu ungleichen Lebenschancen und reduzierter Möglichkeit der Selbstverwirklichung führt.

MÄNNER AUSSER KONTROLLE

Dafür findet man auch spezielle Definitionsansätze. Im Zuge der 218-Kampagne zum Schwangerschaftsabbruch („ob Kinder oder keine, bestimmen wir alleine") in den 60er-Jahren wurde immer intensiver das „Gewaltproblem" erörtert und zum Teil auf nationalen und internationalen Frauenkongressen wie folgt definiert:

„Gewalt gegen Frauen umfasst physische, psychische, soziale und ökonomische Gewalt. Gewalt gegen Frauen ist jeglicher Angriff auf die Integrität des Körpers der Frau und die Behinderung der Freiheit ihrer Entscheidungen, sowie Ausbeutung und Verachtung der Frau."

Genauer zur „häuslichen Gewalt" äußert sich das Berliner Interventionskonzept gegen häusliche Gewalt, indem es formuliert:

„Der Begriff häusliche Gewalt umfasst die Formen der physischen, sexuellen, psychischen, sozialen und emotionalen Gewalt, die zwischen erwachsenen Menschen stattfindet, die in nahen Beziehungen zueinander stehen oder gestanden haben. Das sind in erster Linie Erwachsene in ehelichen und nichtehelichen Lebensgemeinschaften, aber auch anderen Verwandtschaftsbeziehungen."

Die in diesen Definitionen enthaltenen Elemente lassen sich näher bestimmen oder an Beispielen veranschaulichen:

Physische Gewalt: Ohrfeigen, Schläge, Tritte und Misshandlungen mit Gegenständen.

Psychische Gewalt: Drohungen (mit Tod oder Suizid), Erpressungen, sog. „Psychoterror" (ständige Kontrolle, Verweigerung von Anerkennungen, Beleidigung, Demütigung, das Für- Verrückterklären), Zerstörung des Selbstwertgefühls.

Soziale Gewalt: Isolation durch Kontaktkontrolle, Einsperren, Verbot der Berufstätigkeit der Frau, Verweigerung der Betreuung der Kinder, Androhen von Gewalt gegenüber Kindern und anderen Familienangehörigen bis hin zur Geiselnahme von Kindern.

Ökonomische Gewalt: Vorenthalten von Einkommen, Unterhalt oder ausreichendem Wirtschaftsgeld, alleinige Kontrolle über das gemeinsame Einkommen, Weigerung, arbeiten zu gehen, Schulden auf den Partner übertragen.

Sexualisierte Gewalt: Erzwingen sexueller Handlungen und Aufzwingen sexueller Praktiken. Bei dieser Art der Diskriminierung geht es vor allem um das missbräuchliche Ausnutzen von Macht. In der konkreten Erscheinungsform ist zwischen verbal und körperlich zu differenzieren. Dazu gehören (schon) anzügliche und aufdringliche Blicke, derbe Anmerkungen und Witze, abfällige Aussagen zum Aussehen, das Suchen körperlicher Nähe und das nachdrückliche Erwünschen sexueller Berührungen. Entscheidend ist, dass das Verhalten gegen den Willen der Betroffenen erfolgt.

Abschließend ist zu erwähnen, dass die psychische Gewalt der physischen Gewalt in nichts nachsteht. Zu diesem Ergebnis kommen Wissenschaftler der University of London, die 279 Opfer von Folter und Gewalt befragten, im Fachblatt „Archives of General Psychiatry". Demnach haben auch nach überwiegender Auffassung wenig gravierende Formen der Beeinträchtigung (etwa die Isolationshaft), die Wirkung körperlicher Folter. Regelmäßig kommen sog. „posttraumatische Belastungsstörungen", wie Alpträume, Schlafstörungen bis hin zu körperlichem Schmerz, Panik oder plötzliche Bewusstseinsstörungen zum tragen. Es wird davon ausgegangen, dass diese Ergebnisse auch auf gewaltgeschädigte Kinder übertragen werden können.

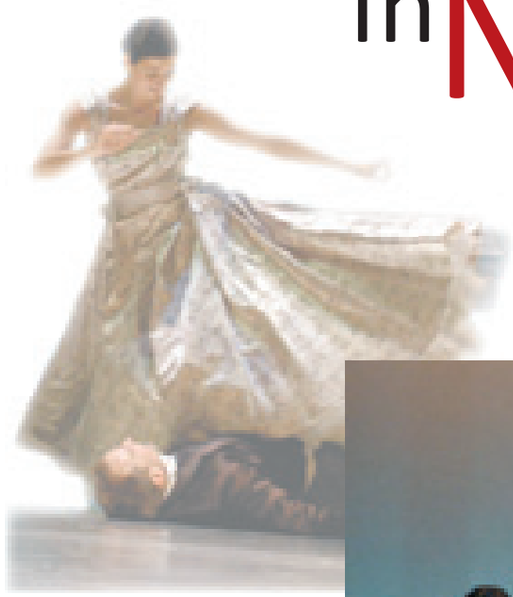
FRAUENHÄUSER IM AUSLAND - DER BLICK ÜBER DEN TELLERRAND

Weltweit gibt es das Modell Frauenhaus. An dieser Stelle seien nur exemplarisch einige wenige genannt, um zu zeigen, dass kulturelle, soziale und religiöse Differenzen nicht zwingend dazu führen müssen, dass diese Institutionen nicht existieren und keine Daseinsberechtigung haben:

In Russland existieren nur wenige Frauenhäuser. Eines befindet sich in St. Petersburg. Dort wird Unterstützung von Sozialarbeitern, Psychologen und Rechtsanwälten angeboten. Allerdings gibt es eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem Bedarf und dem Angebot: Für die 5 Millionen Menschen, ▶

Die Entmachtung des einen, ist der Machtgewinn des anderen. Der König ist tot, es lebe die Königin!

frauen in NOT



die in der Stadt leben, gibt es nur 12 Plätze im Frauenhaus!

In Afghanistan gibt es die Gleichberechtigung von Mann und Frau nur auf dem (Verfassungs-) Papier. Doch auch in einem solchen Land, dem man in diesem Punkt „Schneewittchenschlaf" nachsagt, besteht ein Frauenhaus in Mazar-i-Sharif mit 25 Plätzen. Es wird getragen vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Deutschland.

Ebenso bestehen Frauenhäuser in Afrika: so etwa in der Hauptstadt von Burkina Faso (Ouagadougou): 1994 für 20 Frauen gegründet, hatte es schon wenige Jahre später 76 Bewohnerinnen. Die meisten Frauen sind Flüchtlinge.

Selbst in den Ländern des Islam erhält der Schutz der Frau, insbesondere vor dem sog. „Ehrenmord", Eingang: so finden wir in einem Gutachten der Schweizerischen-Flüchtlings-Länderhilfe aus dem Jahre 2004 zu „Jordanien: „Ehrenmord" einen Hinweis auf ein Frauenhaus der Jordanian Women's Union in Amman, in dem, wenn auch überwiegend nur vorübergehend, gefährdete Frauen Zuflucht finden.

TATORT FAMILIE: KINDER ALS OPFER

Das Recht auf eine „gewaltfreie Erziehung" ist im Bürgerlichen Gesetzbuch verankert, siehe § 1631 Absatz 2 Satz 1 BGB. Dadurch sollen körperliche Bestrafungen, vor allem das Schlagen eines Kindes, seelische Verletzungen aber auch sonstige entwürdigende Erziehungsmaßnahmen ausgeschlossen werden. Grundlage der Norm ist ein Gesetz aus dem Jahre 2000, mit dem bezeichnenden Titel „Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung".

Nicht zuletzt wurde durch diese Normen ein bis dato bestehendes elterliches Züchtigungsrecht abgeschafft, das, jedenfalls bei konkreten (erheblichen) Verfehlungen, als Rechtfertigungsgrund für eine Körperverletzung zum Nachteil eines Kindes galt.

Trotz der gesetzgeberischen Intervention spielt Gewalt gegen Kinder auch heutzutage in der Erziehung nicht selten eine Rolle. Denkbar ist dabei nicht nur direkte Gewalt, sondern auch indirekte, im Sinne einer miterlebten Gewalt, die sich zwischen den Elternteilen abspielt.

Als Folge können bei den betroffenen Kindern Depressionen, Selbstmordwünsche, Bettnässen, Kopfschmerzen, Ess- und Schlafstörungen, Drogen- sowie Alkoholkonsum, exzessive Gewalt oder Schulversagen auftreten. Kinder- bzw. jugendpsychiatrische Behandlung kann dann erforderlich werden.

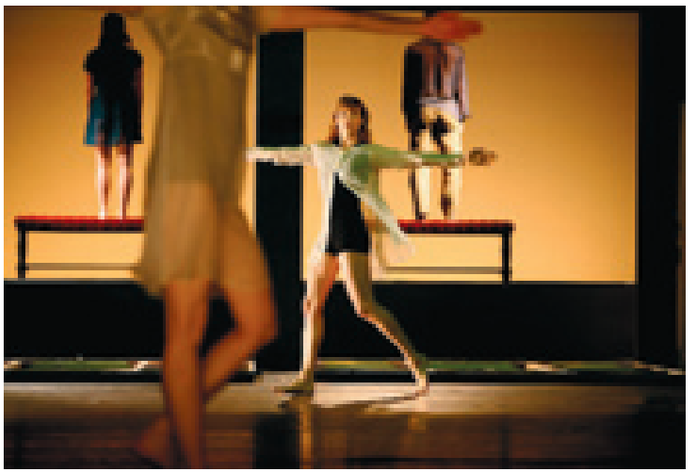
Eine weitere Anzahl typischer Muster können sich zeigen und entwickeln. Die Folgen sind dabei in jedem Fall Einbußen beim Selbstwertgefühl der Kinder, die aus Schamgefühlen hinsichtlich des Erlebten resultieren, Ohnmacht, aber auch der Umstand, dass sich ein Kind selbst die Schuld bzw. Verantwortung für das Fehlverhalten gibt, indem es die Ursache für die Gewalt im eigenen Verhalten sucht und vermutet.

Landen von Gewalt bestimmte Eltern-Kind-Beziehungen vor Gericht, etwa in sorge- oder umgangsrechtlichen Streitigkeiten, kommen oftmals Gutachter zum Zuge, welche die Dynamik der Gewaltbeziehung und eine mögliche Traumatisierung von Kindern beleuchten sollen. Sofern es (noch) nicht so weit gekommen ist, sind insbesondere Säuglinge und Kleinkinder auf die wachsamen Augen ihrer Umwelt angewiesen. Für ältere Kinder und Jugendliche, die betroffen sind, gibt es eine „Nummer gegen Kummer" des Kinderschutzbundes (0800-111-0-333), die zumindest eine Aussprache ermöglicht.

AUCH MÄNNER KÖNNEN OPFER SEIN

Nicht immer geht Gewalt von Männern aus. Auch Männer können Opfer sein, selbst bei der sexualisierten Gewalt: So stellt man in einer südafrikanischen Studie von Neil Andersson und Ari-Ho Foster mit 250.000 Probanden fest, das bezogen auf 18jährige Männer, fast die Hälfte schon einmal vergewaltigt wurde, davon rund zwei Drittel entweder von Tätern gleichen Geschlechts oder von Frauen (41%).

Ist die Hoffnung auf eine gewaltfreie Beziehung zwischen den Geschlechtern eine Illusion?



Frauenhäuser werden von den Betroffenen als positiver Schutzraum wahrgenommen, als Grundlage für ein neues Selbstwertgefühl

Die mangelnde Anerkennung der häuslichen und sexualisierten Gewalt gegenüber Männern entfacht mancherorts den Vorwurf der einseitigen Betrachtung und unterstellt radikalfeministische Motivation sowie Kollision mit Artikel 3 Absatz 1 GG. So gibt es nur ein einziges Männerhaus, das in Berlin steht, sowie eine Zufluchtswohngruppe in Oldenburg.

Dies ruft etwa Zusammenschlüsse, wie den Verein „Väteraufbruch für Kinder e.V." auf den Plan, der unterstellt, dass es Frauen gibt, die, aus egoistischen Motiven unterhalts- und sorgerechtlicher Natur, lediglich vorgeben, Opfer von Gewalt durch ihre Männer zu sein, zumal de facto durch den „Gang ins Frauenhaus" dem Vater die Möglichkeit des Umgangs mit seinen Kindern blockiert wird. Böse Zungen sprechen von „Kindesentzug".

Ob Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung vorliegen wird von den betroffenen Frauen unterschiedlich begriffen. Sie haben eine subjektive Herangehensweise, die in der Regel deskriptiv (beschreibend) und nicht normativ ausgestaltet ist. Selbst wenn dem nicht so ist, wird das Opferschutzgesetz als ausreichende Grundlage zur Gefahrenabwehr angesehen, sodass nach dieser Auffassung die Frauenhäuser überflüssig sind.

Zudem besteht der Verdacht, dass die Frauenhäuser ihre Autonomie nur vorgeben, da sie öffentliche Gelder erhalten und anschließend verwenden, somit der Geltung der Gesetze ausgesetzt sind. Damit würden sie sich der öffentlichen Kontrolle unrechtmäßig entziehen.

FRAUENHÄUSER - HORTE DES MÄNNERHASSES?

Die Kritiker der Frauenhäuser möchten ferner eine Kluft zwischen der wissenschaftlichen Erkenntnis, dass Männer (vor allem in der Scheidungsphase) häufiger Opfer von Gewalt sind als Frauen, und der von Frauenhäusern gleich einer Ideologie vertretenen These, dass die Mann-Frau-Relation durchweg Täter-Opfer-Beziehung ist, entlarven. So wird ins Feld geführt, dass es Mütter gibt, die Gewalt gegenüber ihren Kindern dulden oder gar durch andere, in der Regel den Ehemann, „vollstrecken" lassen, und eben dadurch zum Bestandteil des Systems der Gewalt werden. Die Frauenhäuser sollen dabei unter Verwendung eines nahezu militanten, antipatriarchalischen Sprachgebrauchs den Mann zum „Feind aller Frauen" stigmatisieren.

Eine in diesem Zuge extreme Position bezieht der Soziologieprofessor Gerhard Amendt (geb. 1939, dt. Soziologe, emer. Prof. am Institut f. Geschlechter- u. Generationenforschung an der Uni Bremen), der für die Abschaffung der Frauenhäuser plädiert und sie als „Hort des Männerhasses" tituliert.

Allerdings nimmt selbst die Frauenhaus-Pionierin Erin Pizzey inzwischen eine kritische Position ein. So ist von ihr zu vernehmen: „So oder so, die Aktivistinnen dort sind nicht da, um Frauen dabei zu helfen, mit dem fertig zu werden, was ihnen widerfahren ist. Sie sind da, um ihre Budgets zu begründen, ihre Konferenzen, ihre Reise ins Ausland und ihre Stellungnahme gegen Männer."

Im Ergebnis möchten die Kritiker Frauenhäuser jedoch nicht ersatzlos abschaffen. Sie fordern Familienberatungsstellen sowie solide ausgebildete Berater und Therapeuten, die in einer demokratischen Gesellschaft frei von (radikal-feministischer) Ideologie agieren sollen und funktionieren können. Demnach soll lediglich eine politisch neutrale Therapie Sinn (er-)geben. Denn schon die räumliche Trennung zwischen Mann, Frau und ggf. Kind erschwert den Dialog in kritischen Beziehungsphasen (oder macht ihn gar unmöglich), sodass entstandene „Wunden" nicht auf dieser kommunikativen Ebene heilen können, um wieder einen gemeinsamen Nenner zu erreichen. Insoweit wird der Begriff „Opferindustrie" ins Spiel gebracht, die dem Zweck dienen soll, Fälle zu konstruieren, die verschiedenen Personen (von selbsternannten Beratern bis hin zu Rechtsanwälten und Richtern) eine wirtschaftlich orientierte Beschäftigungsgrundlage zu bescheren, die Zerstörung von Familien billigend in Kauf nehmend. ■

frauen in NOT

GANZ NAHE -
DAS SCHICKSAL DER NADINE F.

Nadine F. erklärt sich zu einem Gespräch mit dem Magazin SPERRE bereit. Sie verbrachte im Jahr 2001 sieben Monate in einem Frauenhaus der Diakonie in Hamm (Westfalen). Es war ihr einziger Aufenthalt dort. Ihren damals sechs Jahre alten Sohn Tim hatte sie mitgenommen. Ein Erfahrungsbericht.

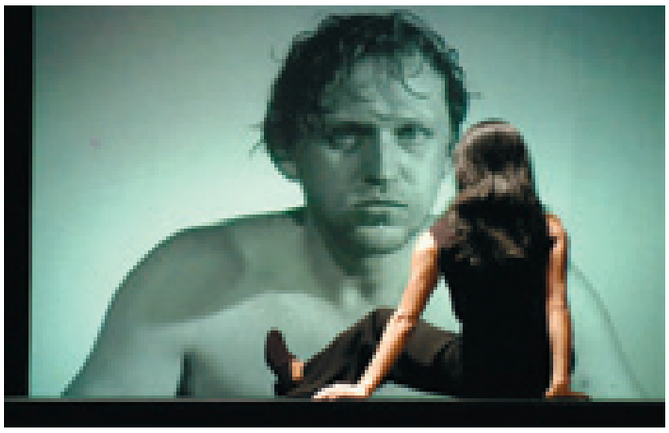
Von Jörg Billerbeck - Foto: © Jörg Landsberg

BEI Nadine stand in der Ehe die psychische Gewalt im Vordergrund. Sie berichtet von einem „Ausnutzen von Macht“ durch Aussagen wie „Du bist nichts!“ oder „Aus Dir wird nie was werden!“. Ihr Partner sperrte sie auch aus der Wohnung aus. Manchmal wurden ihr familiäre Kontakte, etwa zu ihren Großeltern, verboten. Zudem nutzte ihr Mann seine wirtschaftliche Stellung als Alleinverdiener aus.

Er nahm ihr Geld, Handy und Wohnungsschlüssel weg und äußerte: „Du weißt sowieso nicht wohin!“ und „Wenn wir uns trennen, bekommst Du nicht unseren Sohn!“. Obwohl es Nadine immer schlechter ging, beschuldigte er sie, den Haushalt nicht ordentlich zu führen. Schließlich schreckte ihr Mann, der auch Frauenbekanntschaften im Internet pflegte, nicht vor sexuellen Erniedrigungen und Vergewaltigungen zurück. Nur Tim blieb von direkten Gewaltübergriffen verschont.

Die unerträgliche Situation entging auch Nadines Freunden nicht. Sie sagten ihr: „Es ist besser, wenn Du mit Deinem Sohn ins Frauenhaus gehst. Dort kann man Dir helfen!“. Nadine befolgte diesen Rat.

Im Frauenhaus waren fünf bis sechs Mitarbeiter, ausschließlich Frauen, tätig. So konnte Nadine, wenn es ihr schlecht ging, nicht nur mit ihren Freunden in Hamm, sondern auch mit einer Bezugsbetreuerin sprechen. Auch wenn der Standort des Frauenhauses geheim war, vermutet Nadine, dass sich einige Männer durch „Beschattungen“ Kenntnis vom Aufenthaltsort verschafften. Zur Sicherheit der Frauen gab es ein „Notfallmanagement“: Wenn die Betreuer nach 18 Uhr das Haus verlassen hatten, übernahm eine Frau einen Telefondienst und konnte entweder eine Betreuerin kontaktieren oder direkt die Polizei informieren. Zudem ließen sich an der Eingangstür zwei große Eisenbalken anbringen, die ein Eindringen deutlich erschweren sollten. Die Jalousien waren in der Regel nach unten gelassen. Vor dem Haus befand sich ein Taxistand, sodass „neutrale Zeugen“ anwesend waren. Oft ging man auch in den Keller, um zu überprüfen, ob die Kellertür abgeschlossen war.



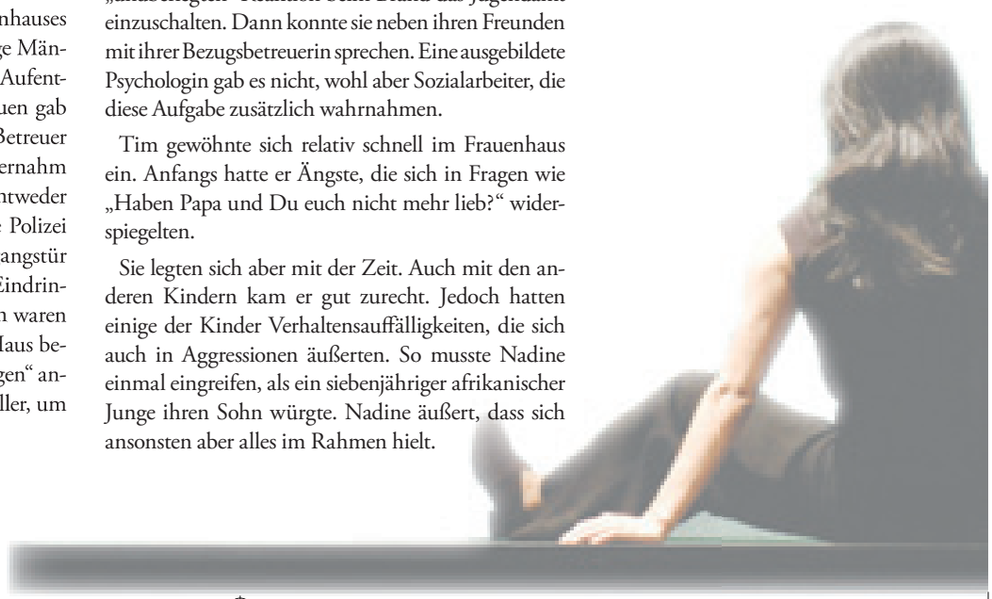
Die wohl schlimmste Erfahrung im Frauenhaus machte Nadine, als eine verwirrte Mutter etwas auf der Herdplatte im Obergeschoß vergaß. Es entstand Hektik, Nadine rannte zum brennenden Topf und versuchte, ihn mit Wasser zu löschen. Glücklicher Weise waren die übrigen Kinder oder Frauen einkaufen oder außer Haus. Nadine hingegen zog sich am Arm und der Stirn Verbrennungen ersten und zweiten Grades zu. Ärzte wollten sie davon überzeugen, eine Nacht im Krankenhaus zu verbringen. Dies lehnte sie jedoch ab, da sie bei ihrem Sohn sein wollte.

Noch immer werden Frauen von Männern gedemütigt, beleidigt, bedroht, verprügelt und vergewaltigt

Nadine spricht von Ängsten, die sie während ihrer Zeit im Frauenhaus hatte. Sie wurden geschürt von Berichten aus ihrem Freundeskreis, dass ihr Mann vorhätte, ihr den Sohn wegzunehmen und wegen ihrer „unüberlegten“ Reaktion beim Brand das Jugendamt einzuschalten. Dann konnte sie neben ihren Freunden mit ihrer Bezugsbetreuerin sprechen. Eine ausgebildete Psychologin gab es nicht, wohl aber Sozialarbeiter, die diese Aufgabe zusätzlich wahrnahmen.

Tim gewöhnte sich relativ schnell im Frauenhaus ein. Anfangs hatte er Ängste, die sich in Fragen wie „Haben Papa und Du euch nicht mehr lieb?“ widerspiegelten.

Sie legten sich aber mit der Zeit. Auch mit den anderen Kindern kam er gut zurecht. Jedoch hatten einige der Kinder Verhaltensauffälligkeiten, die sich auch in Aggressionen äußerten. So musste Nadine einmal eingreifen, als ein siebenjähriger afrikanischer Junge ihren Sohn würgte. Nadine äußert, dass sich ansonsten aber alles im Rahmen hielt.



Es gab auch eine Erzieherin, die sehr gut auf die Kinder aufpasste, etwa wenn Mütter einkaufen, zum Amt oder zum Arzt mussten. Als Beschäftigung wurden Gesellschaftsspiele gemacht oder es wurde gebastelt. So konnten die Mütter, die oft viel zu erledigen hatten, ihre Kinder sorgenfrei zurücklassen. Nadine sagt: „Sie waren in guten Händen.“.

Viele der Frauen, die mit Nadine im Frauenhaus waren, wiesen einen Migrationshintergrund auf. Sie stammten vornehmlich aus Afrika, der Türkei oder Polen. Diese Betroffenen bedrängten, neben allgemeinen Sprachschwierigkeiten, oftmals noch weitere „erschwerende Umstände“: Eine afrikanische Frau war fünf Mal im Frauenhaus, nachdem ihr deutscher Mann sie geschlagen hatte. Nadine vermutet, dass sie immer wieder zurückkehrte, da ihr Mann sie wegen des Visums unter Druck setzte.

„Wo Gewalt angewandt wird, da wird Gewalt geweckt.“
(Karl Jaspers)

Nadine F. erinnert sich aber auch an positive Erfahrungen und Abschnitte im Frauenhaus. Phasenweise habe sie sich „wie in einer Kur“ und „frei“ gefühlt. Ihr Selbstwertgefühl erholte sich, etwa dadurch, dass sie zur Ansprechpartnerin wurde, wenn andere Frauen eine Krise hatten. Einmal gab es sogar einen neuntägigen Ausflug ins Sauerland. Dabei standen Wandern und Erholung auf dem Programm, was in besonderem Maße den Kindern zu Gute kam.

Auch nach der Zeit im Frauenhaus nahm das Leben der Nadine F. eine eher positive Wendung: Schon während ihres Aufenthaltes erreichte ein Fachanwalt für Familienrecht, den sie über eine Prozesskostenbeihilfe finanzierte, das Aufenthaltsbestimmungsrecht und ein geteiltes Sorgerecht für ihren Sohn. Sie nahm bald eine schulische Ausbildung zur Sozialhelferin auf. Tim wurde eingeschult und durfte, weil Nadine zur Berufsschule musste, an Hausarbeitenunterstützung und Mittagsessen (sog. „Übermittagsbetreuung“) in seinem ehemaligen Kindergarten teilnehmen. ■

Literaturempfehlungen

Ernst, Julia:
Feministische Theorie – Darstellung des Arbeitsfeldes Frauenhaus
Grin Verlag, Norderstedt, 2009

Frisch, Stephanie:
Häusliche Gewalt gegen Kinder
Grin Verlag, Norderstedt, 2007

Groschoff, Nancy:
Häusliche Gewalt und ihre Folgen – Eine Darstellung der Kernfragen von Frauen im Frauenhaus
Diplomica Verlag, Hamburg, 2009

Kipp, Anja:
Frauenhäuser versus Gewaltschutzgesetz: Sind Frauenhäuser nach dem Gewaltschutzgesetz noch notwendig?
Diplomica Verlag, Hamburg, 2009

Jungnitz, Ludger:
Gewalt gegen Männer: Personale Gewaltwiderfahrnisse von Männern in Deutschland
Verlag Barbara Budrich, Opladen&Farmington Hills, 2007

Lehmann, Nadja:
Migrantinnen im Frauenhaus – Biographische Perspektiven auf Gewalterfahrung
Verlag Barbara Budrich, Opladen&Farmington Hills, 2008

Schumacher Antonijevic, Anja :
Geschichte und Entwicklung autonomer und verbandlicher Frauenhäuser in Deutschland
Grin Verlag, Norderstedt, 2007

Seith, Corinna:
Öffentliche Interventionen gegen häusliche Gewalt – Zur Rolle von Polizei, Sozialdienst und Frauenhäusern
Campus Verlag, Frankfurt&New York, 2003

Sommer, Bernd:
Psychische Gewalt gegen Kinder
Tectum Verlag, Marburg, 2002

Wahl, Klaus:
Aggression und Gewalt: Ein biologischer, psychologischerund sozialwissenschaftlicher Überblick
Spektrum Akademischer Verlag, Heidelberg, 2009

Rubrik

☐ Wohnen/Suche ☐ Wohnen/Biete
☒ Sehnsucht ☐ Grüße

Anzeigentext

Sie, 146 Jahre, jung geblieben, sucht leidenschaftliche Sie oder heißblütigen Ihn zum Reden, Feiern, Streiten und Kämpfen. Danach Beziehung nicht ausgeschlossen.

Tu was gegen sozialen Kahlschlag, Atomkraft, Lohndumping, Rassismus und Ungerechtigkeit. Werde Mitglied in der SPD!

Tel. (0251) 77 0 99 | eintreten@spd-muenster.de
Oder einfach den ausgefüllten Coupon einsenden an: SPD Münster, Münzstr. 15, 48143 Münster

Ja, ich möchte Mitglied der SPD werden.

Vorname, Name

Anschrift

Geburtsdatum Beruf

Telefon E-Mail

Datum, Unterschrift

INFOS FÜR EHEMALIGE, KÜNFTIGE UND AKTUELLE SELBSTÄNDIGE

Von Arnold Voskamp

PRIVATE KRANKENVERSICHERUNG VON HARTZ IV VOLL GEDECKT

Die Beiträge für eine Private Krankenversicherung (PKV) müssen bei Hartz IV in voller Höhe übernommen werden, auch wenn sie teurer sind als die Beiträge der gesetzlichen Krankenkassen (GKV). So hat am 18.1.2011 das Bundessozialgericht entschieden. Privat versicherte Hartz IV-Berechtigte hatten bislang ein finanzielles Problem. Seit 2007 gilt eine allgemeine Beitragspflicht zur Krankenversicherung in Deutschland. Seit Anfang 2009 sind Hartz IV-Bezieher ohne bisherige GKV gezwungen, Mitglied einer privaten Krankenversicherung mit entsprechend höheren Beiträgen zu bleiben oder zu werden. Das war für den Teil der Bedürftigen, die nicht auf ein Mindestmaß eigener Einnahmen zurückgreifen konnten, nicht zu lösen, denn der geringste Beitrag der PKV ist laut Gesetz deutlich höher als bei den GKV. Hartz IV sollte laut Gesetz aber nur den billigeren GKV-Satz erstatten. So sollten etwa 150 Euro als Eigenanteil aus dem schmalen Regelsatz von 359 Euro bezahlt werden. Viele sind auf diesem Weg in die Verschuldung getrieben worden. Getroffen waren insbesondere gering verdienende und ehemalige Selbständige sowie ihre Angehörigen. Im Urteil vom 18.1.2011, Aktenzeichen B 4 AS 108/10 R, hat das Bundessozialgericht die Gesetzeslücke geschlossen. Die Krankenversicherung ist durch die Grundsicherung für Arbeitsuchende voll zu decken. Wer Hartz IV (Alg II) bezieht und seine PKV nicht voll bezahlen kann, dem steht die volle Kostendeckung ab dem 18.1.2011 durch das Jobcenter zu. Wenn Sie betroffen sind, beantragen Sie auch die nicht gedeckten Krankenversicherungsbeiträge aus der Vergangenheit.

http://www.erwerbslos.de/images/stories/dokumente/rechtshilfen/privatversicherte.pdf

GRÜNDUNGSZUSCHUSS DER ARBEITSAGENTUR

Im Zusammenhang mit dem Sparpaket 2010 kam die Befürchtung auf, der Gründungszuschuss der Arbeitsagenturen würde möglicherweise von der Pflichtleistung auf eine freiwillige Leistung zusammengestrichen werden. Das ist bislang nicht geschehen. BezieherInnen von Arbeitslosengeld können weiter auf den Gründungszuschuss der Arbeitsagentur zurückgreifen. Die Förderung der ersten neun Monate nach Gründung steht auch künftig nicht im Ermessen der Sachbearbeiterin oder das Amtes, sondern sie muss gezahlt werden, wenn die Bedingungen erfüllt sind: nämlich mindestens 90 Tage Restanspruch auf Arbeitslosengeld, eine positive Stellungnahme für das Gründungsvorhaben von einer fachkundigen Stelle sowie Kenntnisse und Fähigkeiten für eine Selbständigkeit. Die verlängerte Förderung von jeweils 300 Euro für die folgenden sechs Monate ist weiterhin Ermessensentscheidung. Hier hat die Arbeitsagentur Münster 2010 eine Begrenzung eingezogen: Wer vor der Gründung noch keine sechs Monate arbeitslos war, soll nicht über die neun Monate hinaus gefördert werden. Die ersten abgelehnten AntragstellerInnen sind nicht allesamt einverstanden mit dieser Münsterschen Regel, zumal sie bei Gründung ihrer Betriebe noch nicht existierte. Ob aber ihr Vorgehen dagegen erfolgreich ist, wird sich zeigen.

Foto: Matthias Knust

Basiswissen: Die Private Krankenversicherung ist von Hartz IV voll gedeckt

FREIWILLIGE ARBEITSLOSENVERSICHERUNG DEUTLICH TEURER

Für Existenzgründer gibt es die Möglichkeit, sich auf Antrag weiter gegen Arbeitslosigkeit zu versichern. Das muss ab 1.1.2011 in den ersten drei Monaten nach der Gründung passieren. Der Beitrag war bislang nach einem recht niedrigen Einkommen berechnet, 2010 betrug er 17,89 Euro. Der Ausstieg aus dem pflichtversicherten Erwerbsleben sollte so abgefedert werden. Das war auch darum angemessen, weil in der Vergangenheit die weitaus meisten Existenzgründer nicht wieder in die Arbeitslosigkeit zurückkehrten. Jetzt hat die Bundesarbeitsministerin hier eine Einnahmequelle gefunden. Ab dem 1.1.2011 verdoppelt sich der Beitrag für die freiwillige Arbeitslosenversicherung auf 38,33 Euro. Und 2012 verdoppelt er sich nochmals, im ersten Jahr nach Gründung soll er dann aber auf dem Niveau von 2011 sein. Während bislang die meis-

ten Gründer das Angebot der freiwilligen Arbeitslosenversicherung wahrgenommen haben, werden künftig sicher viele zurückschrecken. Eine besondere Kündigung ist bis zum 31.3.2011 möglich. Danach gilt: die Kündigung ist erst nach fünf Jahren Beitragszahlung möglich.

(http://www.gruendungszuschuss.de/gruendungsfoerderung/gruendungszuschuss/freiwillige-arbeitslosenversicherung/newstipps/blog/arbeitslosenversicherung-fuer-selbstaendige-gesetz-jetzt-offiziell.html)

BERATUNGEN FÜR GRÜNDUNGSINTERESSIERTE ERWERBSLOSE

Wer sich aus der Arbeitslosigkeit heraus selbständig macht, hat vielleicht keine bessere Chance, denn oft ist der Arbeitsmarkt nicht sehr offen. Aber gegenüber anderen Gründungen mangelt es oft an Eigenkapital und an regelmäßigen Geschäftskontakten. Dennoch sind viele der arbeitslosen Gründer erfolgreich. Die Arbeitsämter haben darum spezielle Förderprogramme aufgelegt. Die Arbeitsagenturen zahlen Arbeitslosengeld-BezieherInnen den Gründungszuschuss und bieten zudem, sich freiwillig gegen Arbeitslosigkeit zu versichern (siehe oben). Die Unterstützung der Jobcenter beim Arbeitslosengeld II (Hartz IV) sieht anders aus. Gründerinnen und Gründer beziehen hier weiter Alg II, solange das Unternehmen nicht genug abwirft. Ergänzend können sie in den ersten Monaten ein „Einstiegsgeld“ erhalten, sowie für Anfangsinvestitionen einen Zuschuss oder ein zinsloses Darlehen. Im Jobcenter Münster werden sie genau wie schon länger tätige Selbstständige mit einer Einnahmenkrise aus der normalen Arbeitsvermittlung herausgenommen und von einem speziellen Team betreut. Für die Förderprogramme und für die besondere Vermittlungssituation gelten bestimmte Bedingungen, u. a. Belege für mittelfristige Erfolgsaussichten oder für die Kompetenzen als Selbständige. Weitere Informationen geben die Ämter oder die cuba-Arbeitslosenberatung.

KOSTENLOSE GRÜNDUNGSBERATUNG IM CUBA

Die Unternehmensberaterin Annette Haerkötter berät und schult insbesondere zur Gründung aus der Arbeitslosigkeit und für prekäre Selbständige. Gemeinsam mit anderen BeraterInnen aus NRW hat sie Konzepte für diese Gruppe von Gründern erarbeitet und umgesetzt. Kostenlose Beratungsgespräche bietet sie jeden Freitag ab 14 Uhr in der cuba-Arbeitslosenberatung, Achtermannstr. 10-12, an. Vorher bitte einen Termin vereinbaren unter 0251-511929.

INTERNET-SEITEN DER JOBCENTER FÜR SELBSTSTÄNDIGE UND GRÜNDERINNEN:

Richtlinien für Selbstständige im Bereich Alg II:
http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/HEGA-Internet/A04-Vermittlung/Publikation/HEGA-12-2008-AMP-Anlage-2.pdf

Einstiegsgeld für GründerInnen mit Alg II:
http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/HEGA-Internet/A07-Geldleistung/Publikation/HEGA-03-2010-Arbeitshilfe-ESG-SGB-2-Anlage.pdf

Zur Abfrage selbständiger Einkommen im Rahmen von Alg II (EKS):
http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Vordrucke/A07-Geldleistung/Publikation/Hinweise-Selbstaendige.pdf ■

PERSONALAUSWEIS-KOSTEN FÜR BEDÜRFTIGE

Passbehörden können die Gebühren bei Bedürftigkeit erlassen. Im Regelsatz für Bedürftige sind darum Kosten für Pass und Personalausweis nicht enthalten. Ein Ansparen für den Ausweis fällt damit ebenso weg wie ein Darlehen.

LSG Niedersachsen Bremen, L 8 AY 47/09 B vom 2.12.2010

Anmerkung der Redaktion:

Die Kosten für den Personalausweis sind hoch. Mit einem Nachweis über die Bedürftigkeit, z.B. mit dem aktuellen Hartz IV-Bescheid können Sie aber einen Erlass der Kosten in Ihrer Passbehörde beantragen. In Münster, auch in Köln oder Berlin oder anderswo geht das. Wenn die Behörde in Ihrer Gemeinde erst mal nicht will, dann beantragen Sie schriftlich den Kostenerlass mit Bezug auf die

„Verordnung über Gebühren für Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis“
§ 1 Gebühren für Ausweise
(1) Für die Ausstellung eines Personalausweises sind folgende Gebühren zu erheben: …
(2) - (5)…
(6) Die Gebühr kann ermäßigt oder von ihrer Erhebung abgesehen werden, wenn die Person, die die Gebühr schuldet, bedürftig ist.“

Wenn die Behörde ablehnt, muss sie das ausdrücklich und auf Ihre Person bezogen begründen.

GHETTO STATT MUSTERSIEDLUNG

Experten verlangen die Realisierung lange bekannter Konzepte zur zeitnahen Befriedung des Quartiers Kinderhaus-Brüningheide

Trotz der oft jahrzehntelangen, mühevollen Anstrengungen engagierter Bürger ist das Quartier Brüningheide auch 40 Jahre nach seiner Errichtung überwiegend ein Sanierungsfall geblieben. Kapital-Interessen deckeln die Grundrechte auf menschenwürdiges Wohnen der einheimischen und der zuwandernden Bevölkerung. Konflikte häufen sich stetig. Ein Zustandsbericht.

*Von Thomas Kollmann**

Seinerzeit war die Wohnungsgesellschaft Münsterland Eigentümerin von über 630 Wohnungen, entschied sich aber, nicht die Schleife in Kinderhaus, sondern das Wohngebiet Berg Fidel zu sanieren. Dieses geschah dann mit einem Kostenvolumen von gut 15 Mio. €uro, in Kinderhaus blieb alles beim ‚maroden Alten'.

Als dann 2006 der australische Investor Babcock und Brown den Bestand aufkaufte, freute sich die Wirtschaftsförderung der Stadt Münster, dass nunmehr Münster auch für Übersee-Investoren attraktiv sei. Dass es sich aber bei dem Investor um eine klassische Wohnungs-Heuschrecke handelte, war Insidern bereits während der Kaufphase, anderen aber erst im Laufe der Folgejahre klar geworden. Grundlegende notwendige Sanierungen ließen also weiter auf sich warten.

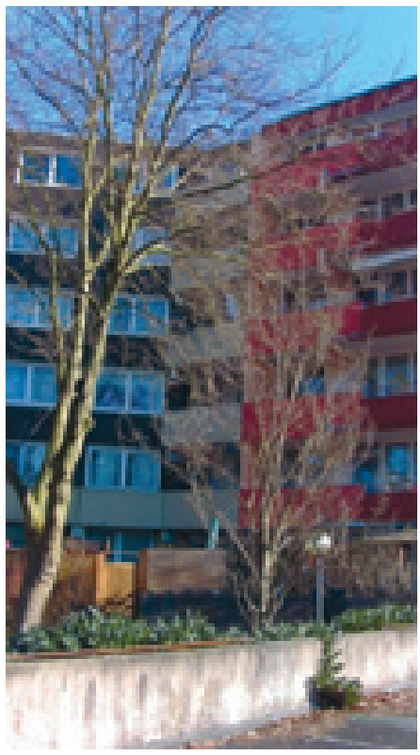
Immerhin wurde der Heuschrecke durch einen freien Künstler am Sprickmannplatz ein Denkmal gesetzt, aber das tröstet viele Mieter nun nicht wirklich. Sie haben mit Feuchtigkeit und Schimmel in den Wohnungen zu kämpfen. Kinder werden krank. Schwärme von Tauben verdrecken das Gebiet. Die Eingangsbereiche und das Umfeld sind oft unansehnlich. Vandalismus und Kriminalität haben zugenommen (siehe TOP 10 der Mieterstatements).

Ein weiterer Block mit 55 Wohnungen befindet sich nun unter Zwangsverwaltung. Der frühere Eigentümer Nau sonnt sich auf Mallorca. Schließlich versprach der Münsteraner Interim-Manager Jens Christophers im März 2009 für Babcock erste 1,5 Mio. € für kurzfristige Sanierungen zu investieren. Das öffentliche Versprechen löste er aber nicht ein.

Mittlerweile sind große Teile der früheren Problemgebiete Coerde oder Osthuesheide saniert; in Kinderhaus-Brüningheide ein Großteil der Wohnungen dagegen nicht.

Hier engagieren sich die drei Münsterländer Vermieter Sahle, Wohn-Sieger und Wohn- und Stadtbau. Diesen ‚vernünftigen' Vermietern gehören aber nur ein Drittel der Wohnungen in der Brüningheide. Bei den weiteren 685 Wohnungen besteht dringlichster Sanierungsbedarf.

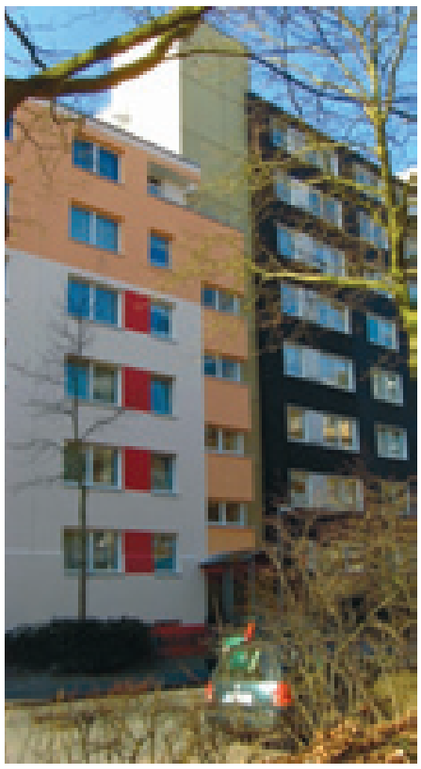
So beträgt insgesamt die Fluktuation vor Ort weiter über 35% und aufgrund der schwierigen Wohnungssituation in Münster werden die letzten freien Wohnungen in Kinderhaus von Neu-Mietern zumeist mit erheblichem Jugendhilfebedarf bezogen. Viele wohnen unfreiwillig hier und wollen schnell wieder weg, was aber kaum gelingt. Aktuell werden zwei Flüchtlingsstandorte in Münster aufgelöst. Ein hoher Anteil dieser Menschen wird nun in der Brüningheide untergebracht. Auch dieses wieder konträr zum Konzept der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen, an dem in einem überparteilichen Konsens seinerzeit Einigkeit erzielt wurde.



Was einst Idylle zu werden versprach, droht in Schimmel, Feuchtigkeit und Kriminalität zu versinken: Kinderhaus-Brüningheide

Ebenfalls Einigkeit brachte die XENOS-Wohnstudie 2005, dass benachteiligte Gruppen nur bei Verteilung im gesamten

Stadtgebiet gute Chancen haben und eine Ghettoisierung bzw. Segregation (Absonderung einer Menschengruppe) sehr nachteilig ist. Leider passiert in der Praxis das völlige Gegenteil! Diese Ausgangslage macht den engagierten Sozial- und Jugendeinrichtungen sowie teilweise auch den Schulen in Kinderhaus schwer zu schaffen und konterkariert vielfältige stabilisierende Anstrengungen des eigentlich guten Programms ‚Soziale Stadt'. Zu Recht baut man auf große funktionierende Netzwerke mit unterstützenden Hilfen im Stadtteil, welche man aber bitte nicht überstrapazieren sollte.



Die Kinderhauser Schleife fiel Wohnungs-Heuschrecke Babcock & Brown in die Finger

Negative Vorfälle unterschiedlichster Art häuf(t)en sich im Stadtteil Kinderhaus, quasi nicht nur dokumentiert, sondern auch seit Jahren voraus gesagt durch die Stadtteilarbeit in Münster-Kinderhaus. Nur mit Imagekampagnen und verharmlosenden Statements (die im Gegensatz zu vielen nichtöffentlichen Äußerungen der gleichen Beteiligten stehen) kann die prekäre Situation nicht entschärft werden.

Es geht nicht um ein besonderes Plus an Sozialarbeiterstellen, es geht um die grundlegende Sanierung der Brüningheide vierzig Jahre nach Fertigstellung und damit um die mittelfristige Stabilisierung des Quartiers und des Stadtteils Kinderhaus, ebenfalls aktuell noch um die Stärkung aufsuchender Jugendarbeit. Politik und Verwaltung der Stadt Münster sind mittlerweile die Probleme in aller Deutlichkeit bekannt und benannt.

Es erscheint dringlich, sich des Stadtteils Kinderhaus in einem Rahmenplan in Hinblick auf Wohnen, Jugendhilfe, Integration, Bildung, Einkaufen, Sport etc. anzunehmen. In Absprache mit dem Land NRW soll nun wohl ein Integriertes Handlungskonzept ‚Wohnen' vorbereitet werden. Dafür ist es höchste Zeit! Wenn diese vielen Wohnungen benötigt werden, weil in Münster der Sozialwohnungsmarkt ‚zuläuft', dann muss auch im Hinblick auf die Wohnmissstände für Abhilfe gesorgt werden.

Der ‚Arbeitskreis Kinderhaus' hat diese Auffassung 10 Jahre nach seiner Mahnung 2001 in seiner aktuellen Sitzung im Februar 2011 deutlich auf den Punkt gebracht. Eine weitere Nullnummer mit falschen Versprechungen werden die Menschen vor Ort in Kinderhaus kaum mehr ertragen können!

* Thomas Kollmann ist als Stadtteilarbeiter Leiter im Begegnungszentrum Sprickmannstrasse in Münster-Kinderhaus/Brüningheide

DIE HOFFNUNG STIRBT ZULETZT- ABER SO WIRD AUCH SIE STERBEN.

Traurig, resignativ, ohnmächtig und wütend - **Stimmen von Mietern*** aus Kinderhaus-Brüningheide

Wo Tatsachen Raum beanspruchen, haben windige politische Sonntagsreden keinen Platz mehr. Die Wahrheit will gesagt und gehört, nicht totgeschwiegen werden:

Mieter S.: Seit 23 Jahren wohne ich in der Sprickmannstraße. Na klar ist es gut, wenn unser Block endlich saniert wird. Aber das kann bei uns im hinteren Teil noch einige Jahre dauern. Gerade erst haben Jugendliche aus dem Umfeld mein Auto demoliert. Ich kann nicht mehr warten, deshalb ziehe ich nach Amelsbüren.

Mieter D.: Obwohl ich Angestellter bei der Stadt bin, finde ich woanders keine Wohnung. Wenn die hören, dass ich aus der Killingstraße komme, ist das Gespräch zu Ende. Sogar Herr L. vom Wohnungsamt kann uns nicht helfen. Früher sagte ich meinen Kindern, dass sie abends nicht mehr den Sprickmannplatz betreten sollten, jetzt sage ich, dass sie unser Treppenhaus nicht mehr betreten dürfen: es sind in drei Wohnungen Prostituierte eingezogen.

Mieterin S.: Wir versuchen in unserem Block Brüningheide 65 bis 73 für Sauberkeit zu sorgen. Allerdings sind viele Drogenkonsumenten aus der Bahnhofsszene eingezogen. ▶

Rosta
BUCHLADEN

Aegidiistr. 12, 48143 Münster
Tel: 0251/44926, Fax: 54497
e-mail: rosta.buchladen@muenster.net

Die Alternative in Münster für jede Art von Literatur:
-ErzählerInnen aus aller Welt
-Kultur- und Sozialwissenschaften
-aktuelle politische und philosophische Diskussion
-Besorgung aller lieferbaren Bücher

STADT MÜNSTER
Presseamt
Mehr als ...
Ludgeri & Lamberti
muenster.de

Keine Fotomontage. Hier wird tatsächlich saniert. Die Vermieterin Siemann erneuert nach und nach ihren kleinen Wohnungsbestand an der Sprickmannstrafle. Andere ‚Vermieter' lassen 700 Wohnungen weiterhin verrotten

▶ Für die Entsorgung der Utensilien in den Treppenhäusern und Hausfluren tragen wir Handschuhe. Es wohnen aber viele Kinder Tür an Tür mit schwierigsten Mietern, das ist ein Skandal.

Mieterin H.: Unser Sohn wurde von einem Kampfhund gebissen. Die Zahl der nicht gemeldeten großen Hunde hat stark zugenommen. Auch sind viele betreute Personen mittleren Alters - zumeist männlich - mit Hunden zugezogen.

Mieterin K.: Meine Freundin war hochschwanger und hatte zwei feuchte Wohnräume, weil - wie bei vielen Wohnungen hier - Wasser von außen eindrang. Erst durch die Hilfe des Begegnungszentrum Sprickmannplatz (BGZ) nahm der Vermieter sich der Sache an. Als die Freundin dann noch asthmatische Anfälle bekam, wurden das Wohnungs- und Gesundheitsamt eingeschaltet.

Zuerst hieß es, halb so schlimm, schließlich kam das Gesundheitsamt dreimal, um Messungen durchzuführen und die Reparaturen zu überwachen.

Mieterin S.: In der Killingstraße 15 wurde kürzlich sogar versucht, einen Aufzug in Brand zu setzen. Persönlich betroffen waren wir in der Brüningheide 73. Dort fiel der Aufzug drei Wochen aus. Meine mit Zwillingen schwangere Tochter musste immer zu Fuß in die 7. Etage. Das war Stress pur – ein Kind kam schließlich tot zur Welt.

Mieterin S.: Der Sprickmannplatz sollte abends per Video überwacht werden. Da passiert einfach zuviel, es wird gedealt und gesoffen. Früher war der Idenbrockplatz sicher. Aber auch dort höre ich von vielen Problemen und kann da abends nicht mehr hingehen.

Mieter W.: Ständig werden Scheiben eingeschlagen. Es häufen sich Körperverletzungen, Kellerbrände und Einbrüche. Vieles wird totgeschwiegen, so auch der englische Soldat, der im Herbst aus dem 6. Stock der Sprickmannstraße zu Tode stürzte.

Mieter P.: Wir wissen von vielen Mietern, die weg wollen, aber woanders nichts finden. Es gibt in Münster fast keinen freien preiswerten Wohnraum. Und vor Ort sind die Wohnungen der vernünftigen Vermieter Sahle, Wohn-Sieger und Wohn + Stadtbau voll belegt.

Mieter W.: Ich helfe im BGZ und der ‚Imagewerkstatt Schleife'. Wir wollen für eine Verbesserung der Wohnsituation und damit auch des Images von Kinderhaus eintreten. Allerdings müssen nun endlich konkrete Schritte zur nachhaltigen Sanierung des Wohngebiets eingeleitet werden.

*Die Namen der Mieter sind dem Begegnungszentrum Sprickmannplatz (BGZ) bekannt

E-Mail: bgzspri@muenster.de ■

Hol schon mal das Rad, Harry!

So oder so ähnlich könnte es sich anhören, wenn in Zukunft irgendein Kommissar mit seinem Adlatus eine Zeugenbefragung durchführen will. Und die Menschen würden sich gar nicht so sehr wundern, wenn da gerade wieder zwei Leute auf einem drei-rädrigen Flitzer um die Ecke sausen.

Das ist die Zukunft. Heute gibt es aber schon mal den Prototypen des Rades und der heißt „Cheetah“ von der Marke „Key-Ony-Bikes“. Entwickelt wurde dieses Modell von den Unternehmern Harry Stam und Rainer Holthues. Und er läuft bereits erstaunlich rund, der Erstling aus ihrer Produktion: acht Gänge, dicke Reifen, verstärkte Felgen und eine besonders starke Bremse sind die Eckdaten des Modells. Dafür hat es eine Menge zu bieten: Bis zu sechs Personen können mit dem Rad mitfahren. Wobei zwei das Treten übernehmen können. Die neue Waschmaschine soll transportiert werden? Kein Problem mit dem „Cheetah“. Mit ein paar Handgriffen läßt es sich sogar zu einem reinen Lastenrad umfunktionieren.

Die Entwickler denken aber schon weiter: Das Rad soll ein Solardach erhalten sowie einen Elektromotor mit einem halben PS. So haben sie die Zukunft schon jetzt fest im Visier.

Nähere Informationen unter: www.liegeraeder.de ■

MALTA
Münsters ArbeitsLosenTreff Achtermannstraße

Termine:

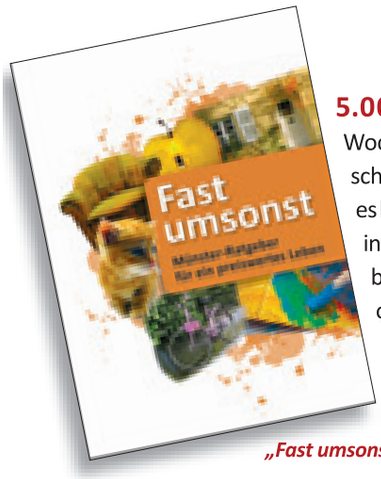
Mo	09:00 - 16:00	Bewerbungen schreiben, Stellensuche
	16:00 - 17:30	Online-Bewerbungen
	17:30 - 19:30	Spanisch-Kurs
	20:00	Filmabend, jeden 1. Mo. im Monat
Di	09:00 - 14:00	Bewerbungen schreiben, Stellensuche
	14:00 - 16:00	Ideenschmiede
	16:30 - 18:30	AG „Mehr Lebensqualität“
	18:00 - 20:00	Schreibwerkstatt (14-tägig, SPERRE-Büro, Berliner Platz 8)
Mi	09:00 - 10:00	Forum Plus
	10:00 - 12:00	Der Pflanzendoktor
	12:00 - 14:00	Teamsitzung
	14:00 - 16:00	Offener Treff
	16:00 - 17:00	Stimmbildung
	17:30	MALTA – Chor
Do	10:00 - 12:00	Für Frauen: Bewerbungen schreiben, Stellensuche
	09:30 - 11:30	Frauenfrühstück
	12:00 - 14:00	Teamschulung
	14:00 - 16:00	Allgemeine Beratung
Fr	10:30 - 13:30	Offenes Frühstück
	13:30 - 16:00	Offener Treff
	16:00 - 18:00	Kreativ AG

Alle Angebote sind kostenlos!

Achtermannstr. 10 - 48153 Münster - 0251/4140553
www.maltanetz.de - malta@maltanetz.de

SPAREN IN JEDER LEBENSLAGE

Der neue Münster-Ratgeber **‚Fast umsonst'**



5.000 Exemplare waren nach einer Woche vergriffen. Kein Wunder. Diese Broschüre - die erste ihrer Art in Münster - gab es kostenlos. Sie lag u. a. in der City-Bürgerinformation, dem Stadthaus I, der Stadtbibliothek, den Wohlfahrtsverbänden oder der Agentur für Arbeit aus. Eine 2. Auflage ist bereits in Vorbereitung.

*5.000 Auflage - und in einer Woche vergriffen: Der neue Münster-Ratgeber **„Fast umsonst"** wird zum Bestseller - und das kostenlos*

Träger und Herausgeber sind das MALTA, das Magazin SPERRE und abm e. V. - ‚Arbeitslose brauchen Medien'. Drei Projekte, die sich seit über 25 Jahren in Münster für Menschen in Notlagen, für Geringverdienende und Arbeitslose stark machen. Bei der Finanzierung des Heftes stand die Stiftung Siverdes Pate*.

‚Fast umsonst' ist nun auf dem besten Weg zum Kult-Ratgeber zu werden: Für das Überleben in der ‚lebenswertesten Stadt der Welt'. Ein Jahr lang sammelten die Mitarbeiter aus dem MALTA, der SPERRE und von abm e. V., Namen, Adressen und Telefonnummern.

Auf 48 farbigen Seiten erfahren nun Menschen, die sparsam sind oder es sein müssen, wo es was gibt - selbst für kleines Geld, z. B.: Ein anständiges Outfit, Bücher & Zeitungen geliehen oder umsonst, ins Theater zum Schnäppchen-Preis, Essen gut & lecker, Second-Hand-Möbel oder das preiswerte Café nach der günstigen Fahrradreparatur.

‚Fast umsonst', so sehen es die Mitinitiatorinnen Maria Hamers (abm e. V.) und Miriam Weber (MALTA), wird wohl „ein Ratgeber, der nicht nur das preiswerte Leben preist, sondern auch die Menschen zusammen bringt und damit einen Beitrag zur alltäglichen Solidarität in unserer Stadt" leisten kann, hofft Maria Hamers. **‚Fast umsonst'** ist ein Leitfaden für Bildung- und Fortbildung, für Rechts- und Gesundheitsberatung, für Lebens-Fürsorge und Lebens-Notfälle, aber auch für die Begegnungen des Alltags. Für (fast) alle Fragen oder Hilfeersuchen - ob sozial, kulturell, juristisch, gesundheitlich, politisch oder praktisch-wirtschaftlich - hält die neue Broschüre auf ihren informativen Seiten stets die richtigen Adressen und die - hoffentlich - wegweisenden Ansprechpartner bereit.

Übrigens: Der inzwischen von nahezu allen Parteien im Rat unterstützte und politisch gewollte ‚Münster-Paß' geht ursprünglich auch auf eine Idee von ‚Arbeitslose brauchen Medien' e.V. und dem Magazin SPERRE zurück.

Und sollte in der Startauflage von **‚Fast umsonst'** noch nicht alles perfekt sein, bitten die Herausgeber um Ergänzungen, Anregungen, Verbesserungsvorschläge und Tipps. Rufnummer: SPERRE Magazin & abm e. V. - 0251-511 121. ■

Die Mitinitiatorinnen von FAST UMSONST: Miriam Weber (MALTA) und Marie Hamers (abm e. V.) - Foto: © Rainer Wunderlich

Stiftungen
Stiftung Siverdes

***Siverdes** ist eine der größten Sozialstiftungen in Münster. Aus dem Stiftungsvermögen und den Zinserträgen werden verschiedene soziale Zwecke gefördert. Das Stiftungskapital entstammt einem Testament des Fürstbischöflichen Regierungs- und Hofkammerrat Dr. Friedrich Christian Siverdes, aufgesetzt 1768. Aus der Armenförderung entwickelten sich im Verlaufe von Jahrhunderten Projekte wie die ‚Jugendwerkschatt', ZORA - eine Initiative für Mädchen und junge Frauen, das Mädchen-Sleep-In MASY, ZOFF - die Krisenintervention für Jungen, JAZ - das Jugendausbildungszentrum - und vieles mehr. Von den rund 300 Selbsthilfegruppen in Münster werden von Siverdes mehr als zwei Drittel finanziell unterstützt.*

DIE ANGST UMS GELD

Wie aus dem europäischen Deutschland ein deutsches Europa werden könnte

Wenn aus 359 Euro 364 werden, dann sind das erst einmal 5 Euro mehr. Doch nicht nur die Anzahl auch die Einheit einer Währung bestimmt den Wert des Geldes. Zuvor war diese und jene Krise gewesen. Die Zukunft wird die eine oder weitere bringen. Und diese Art Ausnahmezustand ist die Regel. Jetzt eben die Währungskrise, welche im Grunde eine politische Misere ist.

von Christoph Theligmann

Die Börse unterscheidet zwischen Bullenmarkt und Bärenmarkt. So erhält Europas Kampf mit dem Finanzsektor seine ganz spezielle Bedeutung. *(public commons)*

Abb.: „Europa und der Stier" (1910) von Walentin Alexandrowitsch Serow 1865 – 1911

Die faktische Einführung des Euros im Jahre 2002 war der Schlusspunkt eines politischen Prozesses, der mit der deutschen Wiedervereinigung begonnen hatte. Die europäischen Partner akzeptierten den Zusammenschluss Deutschlands unter der Bedingung, dass sie ihre Währung, die D-Mark aufgaben und in den Verbund einer Gemeinschaftswährung, des Euros wechselten. Um den Deutschen diesen historischen Schritt zu erleichtern, wurde die Europäische Zentralbank, kurz EZB, nach dem Vorbild der deutschen Bundesbank errichtet: unabhängig von politischen Entscheidungen lediglich der Geldwertstabilität verpflichtet, symbolisiert durch den Standort in Frankfurt/a.M.. Der Euro sollte so stabil werden wie die D-Mark, vorrangige Geldpolitik die Vermeidung inflationärer Zustände. Dem deutschen Steuerzahler wurde versprochen, nicht für die Missstände anderer Staaten einzustehen. Mit den Transfergeldern, der in Not geratenen Ländern wie Griechenland und Irland ist dieses Versprechen gebrochen worden. Und mit der Einrichtung milliardenschwerer Hilfsfonds für weitere potentielle Kandidaten, schlagen die europäischen Entscheidungsträger eine Richtung ein, welche von der ursprünglichen Absicht immer mehr abweicht. Die Frage ist nur in welche Richtung: Hin zu einer Vertiefung der europäischen Integration mit zusätzlichen Solidaritätsmaßnahmen und der Gefahr, den stabilen Euro aufzuweichen oder den Weg der Endsolidarisierung, dem Überleiten in geordnete Insolvenzverfahren für Einzelstaaten. Beides macht Schluss mit der Euro-Illusion und mit der Euro-Krise schlägt die Stunde der Wahrheit. Es ist das Ende des Irrglaubens, der intern entwertete Euro wirtschaftlich schwacher Euroländer wie Griechenland oder Irland, sei so werthaltig wie der deutsche Euro. Intern entwertet ist der Euro der Krisenländer deshalb, weil die Leistungsbilanzdefizite Binneninflationen verursacht haben, die in Folge von Billig-Krediten den Verlust ihrer Kreditwürdigkeit heraufbeschworen haben. Es ist der Verlust der Glaubwürdigkeit, Schulden jemals zurückzahlen zu können. Das ist es, worauf die Spekulanten abzielen.

„Wohlfeil, Spekulanten mit Aasgeiern zu vergleichen
Nur sollte man bedenken, dass diese aufzeigen,
wo es ‚stinkt'". *(Wilhelm Hankel)*

Im Führungsgremium der EZB ist ein offener Streit entbrannt, wie mit der Eurokrise umzugehen ist. Im letzten ▸

Jahr haben die Mitglieder an der Spitze der EZB vereinbart, Staatsanleihen der in Not geratenen Euro-Länder aufzukaufen. Dem Devisenmarkt waren diese Aufkäufe zu risikoreich. Mit dieser Strategie griff die europäische Notenbank zu ihrem äußersten Mittel und verstieß gegen eherne Prinzipien ihrer Geschäftspolitik. Durch den Kauf maroder Staatspapiere finanziert die EZB nämlich die nationalen Haushalte und gibt so ihre Unabhängigkeit auf. Damit fördert sie vor allem die Inflationsgefahr und erweitert unangemessen ihr Geschäftsfeld, welches einzig dem Ziel stabiler Preise verpflichtet gewesen war. Die Gefahr von Inflation bedeutet: Fürchtet der Anleger am freien Markt, dass die Beschlüsse der EZB eine Politik des billigen Geldes ist, welche die Staatsschulden minimieren sollen, wird er fluchtartig die europäischen Staatsanleihen veräußern und eine Spirale der desaströsen Geldentwertung in Gang setzen.

„Wenn es mit dem Euro nicht so richtig klappt, könnte man es ja mit dem NeanderTaler versuchen.“ (Gerald Drews)

Der deutsche Vertreter im Führungsrat der EZB, der nationale Notenbankchef und potentielle Nachfolger an der Spitze der europäischen Zentralbank, Axel Weber wollte für diese Politik nicht verantwortlich gemacht werden und kündigte seinen Rückzug von allen existierenden und möglichen Ämtern an. Axel Webers Schritt untergrub ein weiteres Mal die Glaubwürdigkeit in europäische Institutionen und stürzte die Bundeskanzlerin in ein politisches Dilemma. Weber an die Spitze der EZB zu platzieren war von deutscher Seite seit Jahren akribisch vorbereitet worden. Die deutsche Personalpolitik bei der Besetzung wichtiger europäischer Posten war in letzter Zeit von Zurückhaltung geprägt gewesen. Man wollte den EZB Vorsitz nicht gefährden. Das Ergebnis gleicht jetzt einem Scherbengericht.

Im Dunkel das Euro Neon Zeichen vor der EZB in Frankfurt/ Main – Foto: Lars Aronsson (creative commons)

Dabei ist allen die Vorrangstellung der Deutschen im europäischen Einigungsprozess bewusst. Ohne Deutschland ist die Währungsunion am Ende. Es waren Vorschläge der Bundeskanzlerin, wie die gemeinsame Währung stabilisiert werden könnte, die Anfang Februar beschlossen wurden. Löhne, Renten, Steuern, Ausbildung und Sozialleistungen sollen nach deutschem Vorbild enger zwischen den Ländern abgestimmt, Maßnahmen zur Schuldenbegrenzung vorgeschrieben werden. Sollte dies Wirklichkeit werden, würde das europäische Haus einen deutlich deutscheren Anstrich bekommen.

Nach Griechenland und Irland sind Portugal und Spanien womöglich die nächsten Kandidaten, die unter dem Eurorettungsschirm flüchten – Nasa Satelitenfoto (public commons)

„Wer an Europa zweifelt, sollte Soldatenfriedhöfe besuchen. Europapolitik ist Friedenspolitik mit anderen Mitteln.“ (Jean-Claude Juncker)

Akzeptiert die deutsche Bevölkerung die Europapolitik ihrer Regierung, wenn weitere Hilfspakete für klamme Euroländer anstehen? Das weitere Zusammenwachsen Europas ist alles andere als populär. An der deutschen Verhandlungstaktik wird das sichtbar. Öffentlich keine Zugeständnisse machen, um die Bevölkerung nicht zu verunsichern, hinter den Kulissen bei Verhandlungen Kompromissbereitschaft zeigen. Dies kann nur eine Zeit lang gut gehen. Zumal beim kleinen Koalitionspartner FDP sich die Stimmen mehren, sich mit einem Anti-Europa-Kurs in den zahlreichen Landtagswahlen des Jahres zu profilieren. Mit dem sich in den Fußabdrücken von Hans-Dietrich Genscher wähnenden Außenminister und vom kampagenstreuenden Jürgen Möllemann traumatisierten FDP Vorsitzenden Guido Westerwelle scheinen die von populistischen Fluten umspülten Dämme noch zu halten. Seine Nachfolger werden diese Zurückhaltung aufgeben, so dass der „Zeit“ die beunruhigende Vorstellung umtreibt, die Zukunft der Währungsunion könnte in den Händen der FDP liegen. ■

WIEDER GELD FÜR ERWERBSLOSEN-INITIATIVEN

Die Beratungsstellen und Arbeitslosenzentren sind finanziell wieder abgesichert. 2011 und 2012 übernimmt das Land NRW erneut die Förderung. In Münster gehören zu diesen Initiativen: Das Begegnungszentrum Sprickmannplatz, die Kinderhauser Arbeitsloseninitiative KAI, der Verein ‚Arbeitslose brauchen Medien', abm e. V., mit seinen Projekten SPERRE-Magazin und MALTA sowie die CUBA-Arbeitslosenberatung. Freude darüber bei den Beteiligten (von links): Arnold Voskamp (CUBA-Arbeitslosenberatung), Angela Vrbanec (KAI), Julia Rösler (Regional-Agentur Münsterland), Thomas Kollmann (Begegnungszentrum Sprickmannplatz BGZ), und Maria-Barbara Hamers (Arbeitslose brauchen Medien, abm e. V.)

Foto: © Rainer Wunderlich

Das SPERRE-Gedicht - passend zu obigem Thema

GROSSER AUFRUHR IM WALD!

Es geht das Gerücht um, der Bär habe eine Todesliste.

Alle fragen sich, wer auf der Liste steht. Als erster nimmt der Hirsch allen Mut zusammen, geht zum Bären und fragt ihn: "Sag mal Bär, stehe ich auch auf deiner Liste?"
"Ja", sagt der Bär, "auch dein Name steht auf der Liste."
Voller Angst dreht sich der Hirsch um und geht. Und wirklich, nach zwei Tagen wird der Hirsch tot aufgefunden. Die Angst bei den Waldbewohnern steigt immer mehr und die Gerüchteküche um die Frage, wer denn nun auf der Liste stehe, brodelt.
Der Keiler ist der erste, dem der Geduldsfaden reißt. Er sucht den Bären auf, um ihn zu fragen, ob er auch auf der Liste steht.
"Ja", antwortet der Bär, "auch du stehst auf der Liste."
Verängstigt verabschiedet sich der Keiler vom Bären. Und auch ihn fand man nach zwei Tagen tot auf. Nun bricht die Panik bei den Waldbewohnern aus. Nur der Hase traut sich noch, den Bären aufzusuchen.

"Bär, steh ich auch auf der Liste?"
"Ja, auch du stehst auf der Liste."
"Kannst du mich da streichen?"
"Ja klar, kein Problem."

(Verfasser: Unbekannt)

Impressum

SPERRE . FRÜHJAHR 2011

Herausgeber
abm e. V. (Arbeitslose brauchen Medien)
Berliner Platz 8 - 48143 Münster
Telefon: 0251 - 511.121
Internet: www.sperre-online.de
E-mail: sperre@muenster.de

Redaktion
Norbert Attermeyer (noa)
Henning Baxmann
Jörg Billerbeck
Sybille Lengauer
Christoph Theligmann (c.t.)
Arnold Voskamp (avo)
Tyll Zwinkmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung - Layout - Titel
Ulrike Goj (goj-grafik@web.de)

Webdesign www.sperre-online.de
Rafael Warzecha

Bildquellen
Nadine Fallak
Jörg Landsberg
Theater Bremen
Rainer Wunderlich

Freie Mitarbeiter
Rafael Warzecha

Anzeigen/Spenden
Maria Hamers, Irmhild Hermann, Ulrich Wieners

Bankverbindung:
Sparkasse Münsterland Ost
BLZ 400 501 50 - Konto 4011797

Auflage
5.000 Exemplare

Bezug
Per Versand zum Selbstkostenpreis / als Förderabonnement

Verteilung
Kostenfrei an Auslagestellen im Innen-Stadtgebiet Münsters
(Neue Interessenten wenden sich bitte an den Herausgeber)

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren. Jedwede Nutzung, auch der auszugsweise Nachdruck, bedarf der Genehmigung. Leserbriefe bitte an den Herausgeber. Wir freuen uns über jede Zuschrift. Anonyme Leserbriefe veröffentlichen wir nicht. Das Recht, zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe
Juni 2011

Redaktionsschluss
22. Mai 2011

Anzeigenschluss
28. Mai 2011

UNWÜRDIG & UNDURCHSCHAUBAR

Die neuen Hartz-IV-Leistungen

Alte Säcke und junges Gemüse (von links: Beck, Schwesig (SPD) u. Seehofer (CSU)

Das Regelsatz-Reformgesetz ist beschlossen, mehr als ein Jahr nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes, dass der Hartz-IV-Regelsatz nicht verfassungskonform ist.

von Arnold Voskamp

Das letzte Vierteljahr war geprägt von medienwirksam geführten Verhandlungen der Regierung mit der SPD, weil ohne deren Zustimmung im Bundesrat kein Beschluss möglich war. Zunächst feilschte die vertrauenswürdig blonde Bundesarbeitsministerin von der Leyen mit ihrer ebenso vertrauenswürdig blonden Landeskollegin Schwesig - vergeblich. Dann wollten drei grauhaarige Alte (Beck, Böhmer und Seehofer) zeigen, wie mann wirklich Politik macht. 5 Euro mehr im Monat ab Januar 2011 und nächsten Januar noch mal 3 Euro. Soviel hat gerade der Kaffee in der Verhandlungspause gekostet, kommentierte eine verarmte Frau in der taz.

Worum es bei dem Feilschen wirklich ging

Während es oben auf dem Tisch um Brosamen für die Armen ging, wurde unten um die dicken Summen gezockt. Die Bundesländer hatten sich für die Städte und Gemeinden stark gemacht, die es ohne Zweifel tatsächlich nötig haben. Und sie konnten sich durchsetzen, bis zu vier Milliarden kriegen sie mehr. Bezahlen muss die Bundesarbeitsministerin von der Leyen. Sie zahlt aber nicht selbst, sondern lässt die Bundesagentur für Arbeit bluten, zulasten der Versichertenbeiträge und der beruflichen Förderung für Arbeitslose. Das nächste Sparpaket zu Lasten der Arbeitslosen steht an. Dies sagt aber keiner.

Begleitend wollte die SPD um Mindestlöhne verhandeln. Damit ist sie abgeschmiert. Die Höhe dieser Löhne kann man nur als Hohn, als Mindesthohn bezeichnen. Er garantiert die Armut in der Familienphase - und auch in der Altersrente nach einem vollen Arbeitsleben. Ein wirklicher Mindestlohn müsste über 10 Euro liegen, um den Bedarf zu decken.

Was das Verfassungsgericht gefordert hatte und was daraus wurde

Das Bundesverfassungsgericht hat geurteilt, dass der Regelsatz verfassungswidrig ist. Er sei undurchsichtig und nicht nachvollziehbar festgesetzt worden. Für Kinder sei kein Geld für Bildungsausgaben und für gesellschaftliche Teilhabe eingerechnet. Und überhaupt sei nicht zu verstehen, wo die Zahlen herkommen.

Die Bundesregierung hat sich hingesetzt und gerechnet. Sie hatte schon vor drei Jahren für 2011 die Zahl 364 Euro in der Kalkulation. Vom Statistischen Bundesamt ließ sie sich die Verbrauchsausgaben der Bevölkerung geben. Für solche Ausgaben gibt es - nach Einkommensschichten gegliedert -

differenzierte Informationen. Aus dem Verbrauch von weniger Wohlhabenden wird der Hartz IV-Regelsatz berechnet. Da hat die Regierung die Gruppe der „Vergleichsarmen“ so bestimmt, dass ihr Verbrauch ganz niedrig war. Anschließend hat sie einzelne Verbrauchsanteile noch weiter runter gerechnet oder ganz raus gestrichen, beispielsweise eine Summe für den Kauf eines Motorbootes und eine für Pelzmäntel, als würden arme Leute Boote oder Pelzmäntel kaufen.

Auch eine Summe für Tabak wurde rausgerechnet, dabei rauchen von den Hartz-IV-Beziehern etwa 20 %. Die 80 % Nichtraucher kriegen trotzdem weniger Geld.

Regelbedarf und Kinderbildungspaket

Schließlich kamen bei einer erwachsenen Person tatsächlich 364 Euro heraus, 5 Euro mehr als die bisherigen 359 Euro. Für nächstes Jahr hat die SPD dann noch mal 3 Euro drauf verhandelt. So können CDU und SPD sagen, sie hätten sich durchgesetzt. 364 Euro - welch ein Wunder: Ein Inflationsausgleich auf der alten (verfassungswidrigen) Grundlage hätte nach den 3 Jahre alten Schätzungen genau dasselbe ergeben. Und genauso stand es im Finanzplan des Herrn Schäuble.

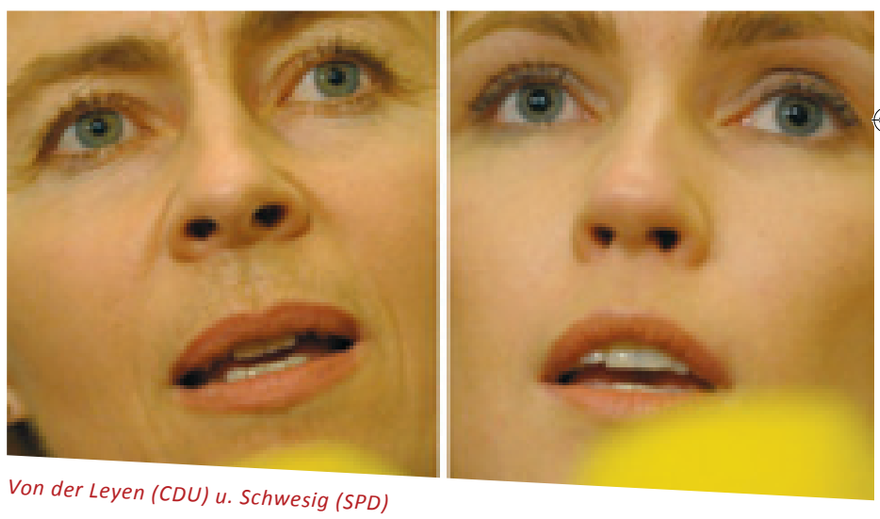
Eines versteht kaum jemand. Die Berechnung der Kinderbedarfe war Anlass für das Verfahren am Verfassungsgericht gewesen. Für Kinder hat die Regierung nun einen noch niedrigeren Bedarf als früher geschätzt. In den nächsten Jahren wird es keine Anhebung der Kinderbedarfssätze geben. Die Berechnung des Kinderbedarfs ist noch weniger nachzuvollziehen als die von Erwachsenen, denn das Statistische Bundesamt zählt die Einkäufe von und für Kinder nicht speziell.

Bildung und soziale Teilhabe von Kindern kam bislang bei Hartz IV nicht vor. Künftig gibt es dafür Gutscheine: für Nachhilfe, für außerschulischen Sport oder Musikunterricht, für Mittagessen in der Ganztagsbetreuung und für schulische Tagesausflüge. Die Eltern müssen frühzeitig Extra-Anträge stellen. Das Amt prüft dann den individuellen Bedarf und gibt eventuell einen Gutschein heraus. (Übrigens auch an bedürftige Familien knapp oberhalb von Hartz IV, wenn sie Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehen.) Das Bearbeiten der Gutscheine schafft zumindest Arbeitsplätze in der Verwaltung. Einen kleinen Erfolg konnten Hartz-IV-Kritiker umsetzen: die Kosten für Warmwasser werden nun zusätzlich zum Regelsatz bezahlt, sie werden künftig nicht mehr aus den Heizkosten herausgerechnet. Ein Minus: Einmalleistungen für größere Anschaffungen hatte die Opposition einführen wollen, das hat die Regierung mit Erfolg verhindert.

Welche Sachen außerdem in das Gesetz gepackt wurden

Das Regelbedarfsgesetz enthält eine Vielzahl kleinerer, nicht sofort durchschaubarer Gesetzesänderungen. Sie machen das Gesetz noch undurchschaubarer und eröffnen neuen Spielraum für Konflikte:

- Darlehen sollen mit dem Inkrafttreten der Reform künftig als Einkommen gewertet und angerechnet werden können. Um das zu vermeiden, sollten Hilfebedürftige in einer Notlage immer schon frühzeitig sowie mit Nachdruck und Ausdauer im Jobcenter auf Vorleistung drängen - und nicht ohne Scheck das Amt verlassen.
- Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtler, Übungsleiter usw. werden insofern enger angerechnet, indem der allgemeine Grundfreibetrag für andere Erwerbstätigkeiten dieser Personen wegfällt. Entweder Ehrenamt oder Erwerbsarbeit, aber nicht beides!
- Außerdem wird die Rückzahlungspflicht der Jobcenter für zu Unrecht nicht gewährte Sozialleistungen drastisch auf ein Jahr verkürzt.
- Sanktionen setzten bislang voraus, dass die Betroffenen vorher eindeutig auf Rechtsfolgen hingewiesen worden waren.



Von der Leyen (CDU) u. Schwesig (SPD)

Diese Unterrichtung soll künftig nicht mehr notwendig sein. Es reiche aus, eine Kenntnis zu unterstellen. Vermehrte Widersprüche und Klagen gegen eine solche Praxis sind zu erwarten und zu empfehlen.

Menschenwürde für Doofe

Das Verfassungsgericht hatte die Verletzung der Menschenwürde bei der Festsetzung der Regelsätze verurteilt. Die Bundesregierung zieht sich mit einem Trick für Doofe aus der Affäre: Dem Gesetz wird der Satz vorangestellt, dass Hartz IV ein Leben in Menschenwürde ermöglichen soll. Ohne dass - wie wir gesehen haben - am Unwürdigen und Undurchschaubaren irgendetwas geändert wird. Ob sich das Verfassungsgericht in neuen Verfahren damit zufrieden gibt? Und ob die Hartz-IV-Berechtigten das tun? ■

Gerecht leben in einem sozialen Vorzeigeland?

„Verprassen soll nicht der faule Bauch, was fleißige Hände erwarben.“

Gerechtigkeit ist ein großes Wort. Im dritten und abschließenden Teil der SPERRE-Serie nehmen wir Einblick in die Gerechtigkeitsdebatte Deutschlands, einem Land, in dem vier Fünftel der Einwohner laut Armutsbericht der Regierung meinen, es gehe nicht gerecht zu in der hiesigen Volkswirtschaft.

Von Christoph Theligmann

Doch zunächst ein Beispiel öffentlicher Empörung jenseits unserer Landesgrenzen, ein Blick auf das Gerechtigkeitsempfinden im britischen Königshaus, welches der Welt in den nächsten Wochen ein riesiges Medienereignis präsentieren wird. Im September des letzten Jahres kursierte die Pressemeldung, Königin Elisabeth hätte einen Heizkostenzuschuss für ihre Schlösser aus einem Unterstützungsfonds für sozial Hilfsbedürftige beantragt. Die Kosten von umgerechnet 1,2 Millionen Euro jährlich seien untragbar geworden. Man stelle sich nur bildlich den Moment der Antragstellung, Schlagzeile: ‚Silberlöffel und Sozialhilfe‘ vor! Der Bitte wurde stattgegeben, um sie letztendlich aus Sorge vor Unverständnis der Bevölkerungsmehrheit doch noch abzulehnen.

Ähnliche Meldungen lösen auch hier heftige Debatten aus. Populär wurde der „Fall Emmely“. Die Kassiererin eines Supermarkts (Kaisers) hatte von Kunden verlorene Pfandbons im Wert von 1,30 Euro heimlich für sich eingelöst. Nachdem dies aufgeflogen war, hatte sie sich in Lügen verstrickt und unbeteiligte Mitarbeiter angeschwärzt. Trotz 30-jähriger Betriebszugehörigkeit wurde sie fristlos gekündigt. Im Juni 2010 hielt das Bundesarbeitsgericht dem entgegen: Die fristlose Kündigung sei nicht gerechtfertigt. Doch zuvor debattierte halb Deutschland über den Fall. Barbara E., so der richtige Name von „Emmely“, wurde in die Sendungen von Anne Will und Johannes B. Kerner eingeladen, die Bild-Zeitung berichtete wochenlang. Zur selben Zeit wurde Klaus Zumwinkel, ehemaliger Chef der Post zu einer Bewährungsstrafe verurteilt, weil er knapp eine Million Euro an Steuern hinterzogen hatte. Und Georg Funke, Ex-Vorstandschef der Pleite gegangenen Hypo Real Estate Bank forderte vor Gericht seine ausstehenden Gehälter in Millionenhöhe ein. All dies sorgte für öffentliche Aufregung. Selbst Politiker schalteten sich in die Debatte ein. Wolfgang Thierse, Bundestagsvizepräsident sprach im „Fall Emmely“ von einem „barbarischen Vorgehen von asozialer Qualität“. Ein Vertreter der Lebensmittelkette Kaisers rechtfertigte das Vorgehen mit folgenden Worten: „Auch wenn die Geschichte einen schlechten Eindruck macht, sei es nun mal Firmenpolitik, sich von unehrlichen Mitarbeitern zu trennen, egal, ob es sich um 500 Euro oder um 1,30 Euro handelt. Wir können keine Frau an der Kasse lassen, von der wir sicher sind, dass sie uns hintergeht. Und wir müssen Unehrlichkeit immer gleich behandeln, alles andere wäre doch ungerecht!“

Als einer der weisen, gerechten Vorbilder des letzten Jahrhunderts gilt der indische, Gewalt abschwörende Gerechtigkeitsverfechter Mahatma Gandhi

Gandhiskulptur (Tavistock Platz, London)
Foto: Fredda Brilliant, creative commons

„Arm und Reich oder Krieg und Frieden" - unbekannter flämischer Maler, 17. Jahrhundert (public domain)

Das Bundesarbeitsgericht sah das anders: 30 beanstandungsfreie Dienstjahre hätten zu einem sehr hohen Maß an Vertrauenskapitel geführt. Dieses sei durch eine einmalige Verfehlung nicht vollends zerstört. Eine Abmahnung statt einer Kündigung wäre ausreichend gewesen.

Deutschland redet über den Begriff der sozialen Gerechtigkeit. Wilhelm Heitmeyer, Pädagoge aus Bielefeld stellt dazu folgendes fest: „Immer mehr Deutsche fühlen sich immer ungerechter behandelt, jeder zweite Deutsche denkt, er bekäme weniger als seinen gerechten Anteil, zwei Drittel der Deutschen glauben, Arme würden immer ärmer und Reiche immer reicher. Die Hälfte der Deutschen ist der Meinung, es würden in Deutschland immer mehr Leute an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Wir erleben eine Demokratieentleerung, eine wachsende Distanz der Menschen zum demokratischen System, die Menschen fühlen sich ohne Stimme, nicht mehr vertreten." Doch eine Gegenstimme fehlt auch hier nicht: Hans-Olaf Henkel, langjähriger Spitzenfunktionär der Deutschen Industrie, sagt: „Eine Armee von Meinungsführern redet den Deutschen seit Jahren ein, unser Land wäre besonders ungerecht, dabei kann mir kaum jemand ein Land nennen, wo der Unterschied zwischen Arm und Reich so gering ist wie in Deutschland." Die Aussage ist fragwürdig. Laut einer vergleichenden Studie der Europäischen Gemeinschaft all ihrer Mitgliedsländer aus dem Jahre 2009 schneidet Deutschland besonders schlecht ab und landete auf dem 19. Platz, noch hinter Bulgarien und Polen. Untersucht wurden ca. 30 Faktoren wie Arbeitsmarktchancen, Bildungschancen, Generationenverhältnis, Einkommensverteilung und soziale Absicherung, etc..

> *„Soziale Gerechtigkeit macht die Menschen unmündig"*
> *(Norbert Bolz, geb. 1953, dt. Medien- u. Kommunikationstheoretiker, Prof. a. d. TU-Berlin)*

Die Initiative ArbeiterKind.de von Katja Urbatsch macht sich stark für Bildungschancen von Kindern aus nicht privilegierten Familien.

Bei Umfragen meinen die meisten Menschen gleiche Chancen, wenn sie auf die Bedeutung von sozialer Gerechtigkeit angesprochen werden. Schauen wir mit Hilfe des Erziehungswissenschaftlers Klaus Klemm auf die Chancengleichheit im Bildungssystem: „Gehen wir die Schritte einmal durch. Kinder aus ärmeren Familien gehen seltener in den Kindergarten. Das ist schon für deutsche Kinder ein Nachteil, für Kinder mit Migrationshintergrund aber fatal. Beim Übertritt aufs Gymnasium werden Kinder aus Akademikerfamilien dreifach bevorzugt: Einmal von den Lehrern, die sie mehr als doppelt so häufig für das Gymnasium empfehlen als Kinder von Facharbeitern, selbst wenn diese gleich gut sind. Dann von ihren Eltern, die sie häufig auch gegen eine Lehrerempfehlung aufs Gymnasium schicken und schließlich noch von dem höheren Grad der familiären Unterstützung in Akademikerhaushalten angefangen bei der Hausaufgabenkontrolle bis zur Nachhilfe. Andersherum werden Arbeiterkinder in all diesen Punkten benachteiligt."

So ist es nicht verwunderlich, die Zahl jedoch erschreckend, wenn jedes Jahr weit über 100.000 Jugendliche aus dem deutschen Bildungssystem herausfallen, sprich ohne Ausbildung bleiben. Das sind in zehn Jahren eine Millionen. Die allermeisten landen in der Hartz-IV-Falle.

Hans-Olaf Henkel auf das Thema angesprochen: „Ich denke an all das, was die Hartz-IV-Empfänger nicht bezahlen müssen: keine Steuer, keine Krankenkasse, keine Miete, keine Heizkosten, keine GEZ. Es ist also eine Unverschämtheit, den Deutschen unter Verweis auf Hartz IV einzureden, sie hätten ein Armutsproblem. Ungerecht ist etwas ganz anderes. Dass zehn Prozent der deutschen Steuerzahler 53 Prozent der Steuern zahlen. Das ist ungerecht."

(Anm. d. Red.: Henkel meint hier die Einkommenssteuer. Die ist nur von einem Teil der Bevölkerung zu leisten. Die Botschaft, es ginge um das Gesamtsteueraufkommen von zehn Prozent aller Steuerpflichtigen, ist falsch und irreführend.) ▶

„Maria, Du Spiegel der Gerechtigkeit“, Fresco mit Darstellung einer Passage der Lauretanischen Litanei (Frauenkapelle in Altenmarkt), Foto: Wolfgang Sauber, creative commons

▸ Als grafisches Abbild der deutschen Gesellschaft galt lange Zeit die bauchige Zwiebel. Sie tendiert nun zur Birne.

Eine halbe Million Lohnbeschäftigte sind sogenannte Hartz-IV-Aufstocker. Sie bekommen staatliche Zuschläge, um ihre Existenz zu sichern, da ihr Einkommen nicht zum Überleben reicht (2,73 Euro in der Stunde zum Beispiel für einen Leiharbeiter in Nordrhein-Westfalen, 3,30 Euro für eine Friseurin in Thüringen).

Trotz dieses Sachverhalts und vielen anderen ist laut dem Soziologen Stephan Lessenich „mit Hartz IV in Deutschland ein strukturelles Misstrauen gegenüber den (Hilfe bedürftigen) Menschen eingezogen. Auf einmal gilt der erfolgreiche, motivierte Mensch als Normalmaß, aber das ist er eben nicht. Auch nicht wenn man ihn mit den Konsequenzen von Hartz IV gängelt und bestraft. Das hat einen gegenteiligen Effekt, damit motiviert man nicht. Menschen reagieren auf Drangsalierungsmaßnahmen mit Rückzug, mit Depression, mit Frust.“

Das Schlusswort soll hier der Jesuitenpater und katholische Sozialethiker Friedhelm Hengsbach haben. Welche Anschauung vertritt er, wenn er sich über soziale Gerechtigkeit äußert? „Der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit, der nun wieder lauter vernehmbar ist, ist immer ein Ruf nach veränderten Machtverhältnissen. Dass die Löhne oben so enorm geworden sind und unten so lächerlich gering und wir in Deutschland zum Teil Zwangsverhältnisse haben, ungerechte Verträge, das ist ja weder ökonomisch noch gesellschaftlich erklärbar. Es ist eine Machtfrage. Arbeitgeber und Gewerkschaften sind nicht mehr auf Augenhöhe, nur so ist der brutale Druck erklärbar, den viele Arbeitgeber inzwischen auf ihre Angestellten ausüben.“ ■

Das Schweigen brechen

Lobby-Arbeit für mehr Humanität

Foto - E. Bierdel © corbus

Der Verfasser des Gedichtes ‚Ermutigung' ist der Journalist Elias Bierdel (geb. 1960 in Berlin). Er sitzt im Vorstand von ‚borderline europe - Menschenrechte ohne Grenzen e. V.' Dieser Verein ist unabhängig von Parteien und Regierungen. Seine Arbeit beschreibt er als einen ‚Akt des zivilen Widerstandes gegen die Abschottung der EU und ihre tödlichen Folgen'. Ziele von ‚borderline' sind die Information der Öffentlichkeit, die Vernetzung europäischer Initiativen und die Lobbyarbeit auf nationaler und EU-Ebene.

Ermutigung

Es geht ja gar nicht um „die Anderen"
die irgendwo verschwinden,
verdursten, ertrinken,
erschlagen werden, verhungern, ersticken
es geht nicht um die,
die in viel zu kleinen Booten
die, eingesperrt in Containern,
heimlich auf Lkw-Ladeflächen geklettert
auf große, schöne Schiffe,
in die Fahrwerksschächte von Ferienfliegern
so furchteinflössend unbeirrbar
zu uns kommen wollen
zu uns kommen müssen.

Es geht nicht um die,
deren Namen wir nicht einmal kennen,
denen wir dennoch Kriegsschiffe entgegenschicken
die wir an Flughäfen abfangen
auf Bahnhöfen und Autobahnen
nicht um die, die wir an den Stränden finden
in den Minenfeldern, in den Stacheldrahtzäunen
oder anderswo vor den Mauern der Festung
innen und außen
tot oder lebendig
mehr tot als lebendig
oder ganz tot.

Es geht nicht um jene,
denen wir mit Bedacht die Lebensgrundlage nehmen
(Pardon. Das ist doch schon fast ein Gewohnheitsrecht!
Nach all den Jahren!!!)

Weil wir uns doch angewöhnt haben
Unsern erräuberten Reichtum auf ihre Kosten
Zu erwerben und zu meh-
ren und deshalb –
Das ist doch nur folgerichtig, oder? -
Diesen Reichtum auch gegen sie verteidigen
(denn wir werden das Gefühl nicht los,
dass sie kommen, um ihren Anteil einzufordern)
UNSEREN Reichtum gegen SIE zu verteidigen
Notfalls mit Gewalt
Eigentlich NUR mit Gewalt
Gutes Zureden hilft ja nichts mehr
Sie hören uns ja kaum noch zu
Weil sie uns unsere Lügen nicht mehr glauben
Wie auch wir nicht mehr glauben unsere Lügen.
Amen.

Wir glauben es ja selbst nicht mehr
Von wegen
Dass sich Leistung wieder lohne
Fortschritt durch Wachstum
Und Plasma-TV für alle
Pendlerpauschale, edel sei der Mensch
... und wir die Herren der Welt
Die, die wissen, wie es geht
Die Superschlauen
Topchecker-Ganoven!

Aus und vorbei.
Wir haben uns verrannt.
Das müssen wir nun endlich einmal zugeben.

Unser ‚way of life' verursacht erst jene Armut, jene Flüchtlingsströme, die für viele immer häufiger zum Todesmarsch werden
(Tunesier auf Lampedusa 2011, Foto: © dpa)

▶ Spätestens durch den Klimawandel ...
(Jaja, ich weiß: niemand hört das gern)
Also: DER KLIMAWANDEL
Wird von UNS verursacht – durch unseren maßlosen,
blöden Lebenswandel des „Immer-mehr“
den „way of life“
der doch längst zum Todesmarsch geworden ist.
Geben wir es doch mal einfach zu.

Ist doch gar nicht so schwer.
Tut doch fast nicht weh
Jedenfalls geht es uns nachher
Allen zusammen
Besser. Ehrenwort!

Einfach mal zugeben:
WIR sind hier verantwortlich
WIR müssen für die Folgen geradestehen.

Tja, wie gesagt
es geht ja eben nicht um SIE, die Anderen...
Es geht ja gar nicht um „die Anderen“.
Es geht um uns.

Die wir auf dem Weg in den Wohlstand
In die Technik
in die perfekten Systeme
Offenbar
Irgendetwas SEHR WICHTIGES
Verloren haben.
Nennen wir es mal „Glück“,
nur der Einfachheit halber.

Unser Volk braucht derzeit etwa
Viereinhalb Tonnen
Psychopharmaka,
um sich über diesen schmerzlichen Verlust hinwegzubedröhnen.
Am Tag.
Vielleicht sind es auch 12 Tonnen oder vierhundert.
Dazu kommen dann noch die anderen, legalen Drogen
Und ein paar illegale.

Oh, Entschuldigung, das Wort „Illegale“
Hatten wir ja an anderer Stelle reserviert.
Das sind doch jene Sklaven, denen wir listig
Das Bürgerrecht verweigern,
damit sie nicht auch noch Schadensersatz fordern,
wenn sie auf den Baustellen für unsere Glaspaläste
vom Gerüst fallen.

Auch das sind dann Tote, von denen wir nichts wissen wollen.
Fein ausgedacht, das alles
Klappt doch wie GESCHMIERT
Ob wir es schaffen, damit aufzuhören?

Den falschen Weg verlassen
Öde Pfade der enttäuschten Hoffnungen
Die uns ins nirgendwo führen
Und auf denen wir hintrotten,
immer noch tapfer lächelnd! Aber:
die Angst im Herzen
die Trauer in den Augen
wegen der immer größeren Sehnsucht
dieser mächtigen Sehnsucht nach
dem wahren, richtigen Leben
fröhlich, gelassen und voller Liebe.

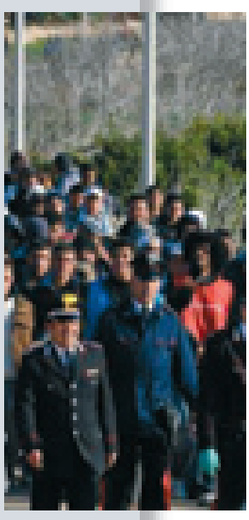
Leute, das ist ja durchaus drin
Aber erstmal: innehalten
Dann: den falschen Weg verlassen
Unsere abgefuckte, bunte, elende Sackgasse
Das Wagnis: vertrautes Elend zu tauschen
Gegen ein ungewisses, neues Glück!
Wir könnten doch so viel gewinnen
Indem wir manches unterließen ....
Man muss sich nur trauen.

Noch ist es vielleicht nicht ganz soweit
Weil derzeit die Kräfte der
Beharrung
Der Selbsttäuschung
Der Realitätsverweigerung
So etwas wie ihre letzte Party feiern.
Das müssen wir ertragen
Ist ja nicht mehr lange
Aber für ein gewisse Weile
Tanzen sie noch.
Tanzen sie auch noch auf den
Nicht vorhandenen Gräbern
Von tausenden unbetrauerten Toten

Aber dann.
Es wird kommen die Zeit
In der wir auf unsere ganze feige Dummheit
Und auch auf die heutige Schandmauer
Mit Scham zurückblicken
Eine Zeit, in der wir auch dieser Mauertoten gedenken
Ihre Mörder zur Verantwortung ziehen
Und uns gemeinsam zu unserer Schuld bekennen

Vor allem zu der Schuld
Weggesehen, geschwiegen
Und gelegentlich sogar
- natürlich nur im privaten Kreis –
irgendetwas von
„die können doch nicht alle zu uns kommen“
geschwafelt zu haben.

So als hätten wir nicht gewusst
Wie die Dinge wirklich liegen.
So als hätten wir nicht verstanden
dass es nicht um „die Anderen“ geht
sondern darum, dass
WIR UNS
ändern müssen. ■



www.borderline-europe.de
www.elias-bierdel.de

GLOSSE

Rent a Schröder & Co.

Leiharbeitsmarkt soll für EU-Politiker geöffnet werden

Der Bundesverband der Leiharbeits-Unternehmen (BLU) hat sich in einem Brandbrief an die Öffentlichkeit gewandt. Immer noch würde der Politikbereich in der Leiharbeit diskriminiert. Ein Sturm der Entrüstung fegt durch das politische Berlin.

Von Norbert Attermeyer

Für Ingenieure und Hochschulabsolventen ist es längst selbstverständlich, als Leiharbeitnehmer tätig zu sein. Politikern ist diese Möglichkeit bis heute verwehrt. Ein Zustand, der bei Gunter Hardtgeld – Chef des BLU – auf völliges Unverständnis stößt. „Wir müssen hier Denkblockaden überwinden. Und neue Wege gehen“, verlangt Hartgeldt. „Es muss endlich Schluss sein mit der ewigen Koalition der Nein-Sager! Platte Besitzstandswahrung hilft heute nicht mehr weiter. Das Bezahlen von Politikergehältern auf Pump muss ein Ende haben. Da müssen wir auch mal an die zukünftigen Generationen denken!“

Sollten sich deutsche Politiker nicht auf das Angebot der Leiharbeitsbranche einlassen, so sei aber auch ein anderer, dann schon fast alternativlos zu nennender Weg möglich. Hartgeldt: „Mit den neuen Freizügigkeitsregeln für Dienstleistungen innerhalb der EU ist es ab Mai 2011 möglich, auch gut ausgebildete polnische Politiker zu beschäftigen.“

Das Besondere: Die Voraussetzungen, z. B. gute Deutschkenntnisse, Hochschulstudium der Politologie bzw. Soziologie, wahlweise auch der Juristerei oder der Pädagogik, seien durchweg gegeben. Auch verfügten polnische Politiker schon jetzt über das notwendige Vokabular, um Regierungsfähigkeit zu markieren: „Sie kennen diese Sätze“, so Hartgeld augenzwinkernd, „der Markt regelt die Dinge, Mindestlöhne verzerren die Wettbewerbsfähigkeit, die Bankenrettung ist alternativlos, den Sozialbereich können wir uns so nicht mehr leisten usw. Sollte es dennoch Defizite geben, so wird das schnell und unbürokratisch von uns aufgearbeitet. Qualifizierung steht beim BLU ganz oben an.“

Zwei kommunizierende Röhren - der praktizierende Leihpolitiker im Gazprom-Geschäft Ex-Kanzler Schröder und sein Anmieter Wladimir Putin, Russlands Premier

„Mit einem Einstiegsgehalt von 1500 €uro wären die Gehälter polnischer Leihpolitiker von Anfang an sozialversicherungspflichtig“, bekäftigt Hartgeldt. Darauf lege sein Verband schließlich besonderen Wert, und weist so entsprechende Vorhaltungen deutscher Politiker entschieden zurück. Außerdem wären polnische Politiker wirklich arbeitswillig. Sie würden sich mit großer Sicherheit an jeder Sitzung im Parlament aktiv beteiligen. Auch an Wochenenden.

„Wenn jetzt die richtigen Entscheidungen getroffen werden, dann können wir bald Geschichte schreiben“, schwärmt Gunter Hartgeldt.

Im Zeichen der Globalisierung könnten Deutschlands Politiker mit ihren hohen Diäten im internationalen Wettbewerb einfach nicht mehr bestehen.

Der Politikstandort Deutschland sei so auf Dauer nicht konkurrenzfähig, hebt der BLU-Sprecher hervor. Zudem zwinge die Schuldenbremse zum Handeln. Hartgeldt: „Wir reichen der Politik die Hand. Politik wird kostengünstiger und effektiver. Für einen deutschen Staatssekretär bekommt man heute drei polnische Leihminister!“

Kein Verständnis zeigte Hartgeldt jedoch für Forderungen aus der Regierungsfraktion nach einem Mindestlohn. Hier hat er besonders die FDP im Blick: “Ich habe wenig Verständnis für Menschen, die immer schnell nach dem Staat rufen.“ Ein Mindestlohn würde nur zur Verlagerung von sozialversicherungspflichtigen Politikerarbeitsplätzen ins Ausland führen. Außerdem sei es künftig möglich - eine moderate Lohnpolitik vorausgesetzt - dass Politiker auch von Durchschnittsverdienern gemietet werden können. Für Hardtgeld ein wichtiger Beitrag der Personaldienstleister für eine lebendige Demokratie. Sein Aufruf an die Öffentlichkeit: „Helfen Sie mit. Es geht um Deutschlands Zukunft.“ ■

Mit EU-Leihpolitkern in die globalisierten Märkte

Leiharbeitgeber Gunter Hartgeldt (BLU) im SPERRE-Gespräch

Für Carsten Maschmeyer (AWD), der gerne die Nähe zu Politikern sucht, wird es in Zukunft noch einfacher, seine „Finanzprodukte“ an den Mann zu bringen

Sperre: Fast die Hälfte der neu geschaffenen Jobs im vergangenen Jahr entfallen auf die Leiharbeit. Und der Trend hält an. Hätten Sie das gedacht?

Hartgeldt: Ja, wir liegen voll im Trend. Und das ist gut so. Arbeitnehmer mit allem Brimborium einzustellen, das war gestern. Heute ist man modern und flexibel. Man stellt ein und wechselt die Arbeitnehmer nach Bedarf. So ist der Arbeitgeber immer optimal aufgestellt für die globalen Herausforderungen. Man trägt ja auch nicht jede Woche das gleiche Hemd (schmunzelt).

Sperre: Moment mal, Arbeitnehmer sind doch keine Hemden, die man mal so eben wechseln kann. Das sind Menschen, da stehen Familien hinter. Das sind menschliche Schicksale.

Hartgeldt: Ja sicher, aber wir müssen doch mal ehrlich sein. Sie würden doch auch nicht ihren Opel Corsa behalten, wenn Sie Porsche fahren können. Und weil in der letzten Zeit sogar immer mehr auf gebrauchte Kadetts umgestiegen sind, sitzt auch öfter mal wieder ein Porsche dran. Darum geht es doch: In den letzten zehn Jahren sind die Unternehmensgewinne um 60 Prozent gestiegen. Und die Gehälter der Arbeitnehmer konnten um 4,5 Prozent gesenkt werden. Dank uns, der oft zu Unrecht geschmähten Leiharbeitsbranche.

Sperre: Sie meinen also, dass die Unternehmensgewinne nur so stark ansteigen konnten, weil die Arbeitnehmer Verluste hinnehmen mussten.

Hartgeldt: Das liegt doch auf der Hand (zwinkert). Oder wie man bei uns in Westfalen sagt: Watt dem ehnen sein Uhl is dem annern sein Nachtigall. Exportweltmeister wird man nicht einfach so, das geht am besten über die Löhne. Hier gibt es noch viel Potential. Erst wenn die Chinesen bei uns produzieren lassen, dann haben wir´s geschafft. Wir von der Leiharbeit stellen uns jedenfalls den Herausforderungen der globalisierten Märkte. Deshalb jetzt unsere Botschaft an die Politik: Nicht nur reden, sondern machen. Helfen Sie mit, gehen Sie in die Leiharbeit!

Sperre: Sie wollen uns doch nicht ernsthaft verkaufen, dass Politiker freiwillig in die Leiharbeit gehen?

Hartgeldt: Warum nicht? Nirgendwo sonst haben wir so einen guten Ruf wie in der Politik. Mal abgesehen von den Arbeitgebern. Deshalb bauen wir hier auch voll auf die Freiwilligkeit. Sollte es uns wider Erwarten nicht gelingen, Politiker als neue Kunden zu gewinnen, so blieb ja immer noch das Instrument der Eingliederungsvereinbarung. Hartz-4-Bezieher kennen das. Das ist ja auch freiwillig, jedenfalls so quasi (lacht).

Sperre: Was Sie da machen wollen sind doch völlig antiquierte Drückermethoden für Billigjobs.

Hartgeldt: Das sehe ich überhaupt nicht so. Wir sind völlig flexibel und arbeiten schon heute in nachhaltigen Netzwerken zusammen. Wenn bei uns zum Beispiel die Konkurrenzfirma für die Fahrt

zur polnischen Baustelle einen Bulli braucht. Ja, dann verleihen wir halt unseren und im Gegenzug bringen die dann unsere polnischen Leihpolitiker abends mit nach Deutschland. Man hilft sich eben. Warum auch nicht? Ist doch unser Geschäft, das Leihen. Unsere Arbeitsministerin heißt ja sogar so (lacht laut).

Sperre: Vielen Dank für das Gespräch.

Hartgeldt: Immer gerne. ■

Verstörend: Der Roman ‚Das Odessa Experiment' von Martin De Wolf

Von Sybille Lengauer

Alle Probleme des Sozialstaats gelöst: In Martin de Wolfs (Foto) Roman vernichten Politiker Arbeitslose: Ein Journalist stört die unheilvollen Pläne. (Foto: © norma)

DEUTSCHLAND steckt in einer schweren Krise. Die Arbeitslosenzahlen schießen in den Himmel, es gibt kaum Arbeitsplätze und auf den Straßen wittert man die ersten Anzeichen einer sich anbahnenden Revolution. Wie soll man einen Ausweg aus diesem Dilemma finden?

Dem skrupellosen Politiker Damann fällt eine ausgezeichnete Lösung ein, mit der er sich des Problems final entledigen will. Und so verschwinden immer mehr Arbeitslose spurlos aus seinem Bundesland und tauchen nicht mehr auf. Doch der Enthüllungsjournalist Phillip Simon stört die sinistren Pläne des Staatsmannes. Auf der Suche nach einem ehemaligen Kollegen wirbelt der ahnungslose Simon mehr Staub auf, als ihm lieb ist. Plötzlich steckt er mitten in einem Sumpf aus Mord und Menschenverachtung und sieht bald nicht nur sein eigenes Leben in ernster Gefahr.

Was eine mitreißende Geschichte sein könnte, versickert leider im Lauf des Geschehens zu einem recht schalen Rinnsal. So tappt der angeblich versierte Phillip Simon in wirklich jede dumme Falle, die ihm sein Widersacher stellt, während seine Begleiterin Valerie Voss die typische Sidekick-Frauenrolle erschöpfend auslebt. Und auch der große Bösewicht wird, als sein Ende naht, zur peinlichen Karikatur seiner selbst. Das Entsetzen, das den Leser im Lauf des Buches beschleichen soll, wandelt sich dadurch schnell in grantige Langeweile.

Doch auch wenn Martin de Wolf mit seinem Thriller nicht der große Wurf gelungen ist, so hat er sich zumindest ein Thema ausgesucht, das in seiner Brisanz schwer zu schlagen ist. Denn obwohl die Politik in Deutschland noch nicht zu einer „finalen Endlösung" gekommen ist, manche Entwicklungen der letzten Jahre erinnern doch frappant an Herrn Damann und seine perfiden Pläne. So musste die Bundesagentur für Arbeit (BfA) im Jahr 2009 zugeben, dass sie Hartz-IV-Empfänger bei Betrugsverdacht von Detektiven beschatten ließ. Ferner schwärmten immer wieder Hartz-IV-Kontrolleure zu sogenannten „Außeneinsätzen" aus, um Arbeitslose einer eingehenden Überprüfung zu unterziehen. Dass dabei auch manchmal der Nachbar oder die Vermieterin befragt wurde, ergab sich wohl ganz nebenbei. Eine Sprecherin der BfA gab damals an, der Staat habe die Behörde dazu verpflichtet.

Doch man muss nicht in die Vergangenheit schweifen, um die Ungerechtigkeit von Hartz IV verstehen zu können. Täglich lassen sich neue Berichte über Schikanen finden, die auch bei Menschen ohne Migräneanfälligkeit starke Kopfschmerzen auslösen können.

Martin De Wolf: Das Odessa Experiment. Books On Demand / Norderstedt 2010, 255 S., 24,95€ ■

GLOSSE

Arge wird zum JoopCenter oder **‚Arbeitslos wird Mode'**

Wie immer bei den Arbeitslosen: zum Jahreswechsel wird vieles anders, zwischendurch natürlich auch schon mal, aber zum Jahreswechsel erst recht.

Von Arnold Voskamp

DENN Stillstand ist Rückschritt. Armut und Arbeitslosigkeit aber gehen mit der Zeit. Aus Arbeitsamt wurde Arbeitsagentur und daraus Arge, und nun wird Arge modern, jetzt heißt es JoopCenter. Annette von Bischopink aus der Stabsstelle Beschäftigung im JoopCenter spricht aus, was viele im Amt denken: „Der Name Arge war ein Fehlgriff. Mit dem Namen JoopCenter können wir wieder erhöbenen Hauptes an normale Arbeitgeber herantreten, nicht nur an die Leiharbeit und CallCenter. Wer, wenn nicht Wolfgang Joop, dürfte diesem Haus seinen Ruf wetergeben? JoopCenter adelt die Wirklichkeit von Hartz IV. Wie Lagerfeld die von C & A."

Mit Joop tauchen Armut und Arbeitslosigkeit auf aus dem Grau in Grau von Alt und Weise. Joop zeigt in reinem Schwarz., wie die Zukunft wirklich ist. Schwarz und Schwarz sind die frischen Farben der Frühjahrs- und Sommermode in den JoopCentern, insbesondere für die Leistungsträger der Arbeitslosigkeit. Ausnahmsweise vielleicht noch ein ins schwärzliche Lila changierendes Schwarz. Joop persönlich stellte in Münster seine Sommermodelle vor: „Biesen in matt schimmerndem Schwarz sieht man an den Säumen der Halsausschnitte únserer Shirts. Die Damen des Hauses tragen ihre Tops vorn in der Mitte des Rundkragens gekräuselt. Shirts mit Ärmeln sind an den Schultern leicht gebauscht, die schimmernden Biesen wiederholen sich an den Enden des wahlweise kurzen oder langen Ärmels. Fall-Manager tragen fallende Seide in irisierendem Schwarz, weit geschnitten, als kragenlose Hemden die Herren, als Blusen die Damen, mit Knöpfen aus dem schwarzen Horn der Moschusochsen. Eine matte Litze - natürlich in Schwarz - zeichnet das dynamische JC auf die linke Brust.

Unten rum wechseln die Damen ihre kurzen Röcke und blickdichten Strumpfhosen des Winters in einen Fetzenlook, der den Balkan-Pop des vergangenen Jahres auf die Spitze treibt - in Satin oder Kunstseide mit schrägen Streifen aus Samt - natürlich in Schwarz. Dazu schwarze Stoffturnschuhe, Retromodelle mit dem Design der späten Siebziger.

Die Herren der Arbeitslosigkeit tragen weite Stoffhosen mit Umschlag, zwar nicht notwendig tiefschwarz, aber unbedingt matt und nur auf den Schenkeln sowie am Po leicht glänzend. Die Hosentaschen sind schräg mit Paspeln abgesetzt. Nur schwach an eine Bügelfalte erinnert der leichte Knick. Dazu passen ausgetretene Lederschuhe."

Die Stadt Münster war von der Präsentation begeistert, zumindest was die kommunalpolitische Elite angeht. „Das stärkt unsere Position im Städteranking," erklärte Stadtdirektor Schultheiß. Sie will deshalb zum nächsten Jahreswechsel die Anteile des Bundes am JoopCenter übernehmen. Münster bemüht sich „in einem schon peinlichen Ausmaß" (so Rüdiger Sagel, Die Linken) um die Zustimmung von stilbildenden MeinungsführerInnen innerhalb des JoopCenters Münster. Quasi über Nacht hat der Rat der Stadt Straßennamen, die neuerdings verpönt sind, mit Namen aus dem Joopcenter überkleben lassen, beispielsweise „Ottostraße" oder „Bischopinkstraße". Die Anwohner der Straßen sind geteilter Meinung. Einige protestieren lautstark, sie wollten nichts mit Hartz IV zu tun haben. Andere dagegen, die im JoopCenter die neue Joopmode an den stilprägenden Models erleben konnten, sind begeistert.

Die Leiterin des JoopCenter Ulrike Otto überlegt, den Textilkostenanteil der Hartz-IV-Regelsätze als Sachleistungen zu überreichen: „Dann gibt es Joop auch für die, die sich sonst keine Mode leisten können - oder höchstens Lagerfeld. Leistungsberechtigte sollen jedoch ein Joopangebot nicht ohne wichtigen Grund ablehnen können, sonst droht eine Kürzung. Oder mit Gerhard Schröder gesagt: Sozial ist, was Joop schafft!" ■

Kein Hartz IV für Karl Lagerfeld
(Foto: © Getty; Text-Idee von Arnold Voskamp)

Urteile & Tipps

von Jörg Billerbeck

Keine Anrechnung von Schmerzensgeld auf ALG II

Grundsätzlich kann „Vermögen" bei Hartz-IV-Bezug mit angerechnet werden, die Höhe der Sozialleistung also nachteilig verändern, § 12 SGB II. Das Gesetz nennt allerdings Ausnahmen von dieser Regelung. Diese werden im dritten Absatz des § 12 SGB II näher bezeichnet. Unter anderem wird auf eine „besondere Härte" abgestellt. Eine solche liegt laut Bundessozialgericht vor, wenn die Behörde fordert, dass ein Schmerzensgeld als Vermögen berücksichtigt wird. Eine Anrechnung ist daher unzulässig.

Bundessozialgericht B 14/7b AS 6/07 R, Urteil vom 15.04.2008

Kita-Reise wird nicht vom Amt bezahlt

Foto: stefan110 / pixelio.de

Ein fünf Jahre altes Kind einer siebenköpfigen Familie, der Unterstützung durch Hartz-IV und Kindergeld gewährt wurde, besuchte eine Kita in Berlin. Diese unternahm eine „Reise" nach Brandenburg (Kostenpunkt rund 120 Euro). Das Jobcenter wollte diese Fahrt nicht bezahlen. Zu Recht, wie das zuständige Sozialgericht entschied. Während für die Kostenübernahme von Schulklassenfahrten durch § 23 Absatz 3 Nr. 3 SGB II eine Rechtsgrundlage gegeben ist, fehlt eine solche für eine Kita. Die Eltern hätten vielmehr auf die seit mehr als einem Jahr geplante Fahrt sparen müssen. Auch das Vorliegen eines „Härtefalls" im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist in diesem Fall nicht gegeben.

Sozialgericht Berlin S 39 AS 9775/10 ER, Beschluss vom 14.04.2010

S. auch Bundesverfassungsgericht 1 BvR 395/09, Beschluss vom 24.03.2010

Unberechtiger Vorschuss (1-Euro-Job)

Ein Hartz-IV-Empfänger übte eine Arbeit auf Ein-Euro-Basis aus. Er erhielt einen Vorschuss durch den Arbeitgeber. Dann kam es zu Fehlzeiten, sodass der Betroffene rund 70 Euro „zu viel" erhalten hatte. Ohne Rücksprache mit ihm zu halten, kürzte die Behörde seine Grundsicherungsleistung um diesen Betrag. Diese Vorgehensweise, auch durch Einzug von Raten, befanden Sozialrichter als rechtswidrig. Dabei wurde auf die Geltung allgemeiner Pfändungsgrenzen verwiesen, vgl. § 850c ZPO, die bei dem knapp bemessenen Hartz-IV-Satz regelmäßig einschlägig sind. Man erlaubte sich gar einen Vergleich dieser Praxis mit „Gutsherrenart".

Sozialgericht Wiesbaden S 23 AS 799/08, Urteil vom 07.07.2010

Lottogewinner erzielt Einkommen

Ein ALG-II-Empfänger spielte regelmäßig Lotto. Schließlich erzielte er einen Gewinn. Das Amt rechnete diesen als Einkommen, § 82 Absatz 1 SGB XII, an. Eine dagegen gerichtete Klage des Betroffenen blieb erfolglos. Seinem Argument, durch häufiges Spielen mehr verloren als gewonnen zu haben, wollten die Richter nicht folgen. Nur das erfolgreiche Los sei zeitlich und ursächlich dem Gewinn zuzuordnen. Ferner kommt ein Absetzen vom Einkommen nicht in Betracht, da auf Grund der niedrigen Gewinnchancen beim Lotto (4,25%) keine vernünftige Wirtschaftsführung gegeben ist.

Sozialgericht Detmold S 13 AS 3/09, Urteil vom 23.10.2009

Bagatellkündigungen – Der Fall Emmely

Die Kassiererin eines Supermarktes (Emmely) löste, entgegen der Anweisung des Filialleiters, zwei Pfandbons im Gesamtwert von 1,30 Euro zu ihrem Vorteil ein, die zuvor im Geschäft aufgefunden wurden. Als man dies bemerkte, wurde ihr fristlos gekündigt. Der Fall, der auf ein breites Interesse in der Öffentlichkeit stieß, ging durch die Instanzen bis zum Bundesarbeitsgericht. Dieses gab „Emmely", die gegen die Kündigung geklagt hatte, Recht. Es kommt zwar auch bei einem geringen Schaden eine fristlose Kündigung aus wichtigem Grund nach § 626 Absatz 1 BGB in Betracht; jedoch ist eine exakte Einzelfallprüfung und Interessenabwägung erforderlich. Dabei waren bezogen auf Emmely der marginale wirtschaftliche Schaden und ihre Beschäftigung seit mehr als dreißig Jahren im Unternehmen, ohne derartige Vorfälle, zu berücksichtigen. Aus diesen Gründen hätte, als milderes Mittel, der Kündigung eine Abmahnung vorhergehen müssen.

Bundesarbeitsgericht 2 AZR 541/09, Urteil vom 10. Juni 2010

Mietminderung erst nach Mangelanzeige möglich

Die Wohnung eines Mieters war mit Schimmelpilz befallen. Aus diesem Grund entrichtete er die Miete ganz und teilweise nicht. Allerdings begründete er seine „Mietminderung" erst, nachdem der Vermieter wegen der ausgebliebenen Miete Räumungsklage erhoben hatte. Der Bundesgerichtshof gab dem Vermieter Recht. Das in § 320 BGB enthaltene Rückbehaltungsrecht (Mietzins) hat den Sinn und Zweck Druck auf den Vermieter zur Mangelbeseitigung auszuüben. Dazu muss er jedoch den Mangel kennen, ihm also angezeigt worden sein.

Bundesgerichtshof VIII ZR 330/09, Urteil vom 03.11.2010

Keine Pflicht des Vermieters, bestimmten Nachmieter zu akzeptieren

Ein Mieter beendete das Mietverhältnis und beabsichtigte, an einen bestimmten, interessierten Nachmieter seine Küche zu veräußern (sog. „Ablöse"). Der Vermieter entschied sich jedoch für einen anderen Nachmieter, der nicht an der Übernahme der Einrichtung interessiert war. Aus diesem Grund forderte der Mieter

im Wege der Klage Schadensersatz. Zu Unrecht, wie ein Gericht urteilte. Unter Verweis auf die Vertragsfreiheit stellte es fest, dass ein Vermieter, unabhängig von einer möglichen Ablöse, selbst entscheiden kann, wer Mietnachfolger wird. Insofern kann nur etwas anderes gelten, wenn eine entsprechende vertragliche Bestimmung im Vorfeld abgeschlossen wurde.

Amtsgericht München 412 C 3825/08, Urteil vom 06.07.2009

Volles Rückgaberecht bei nur ausprobierter Ware

Jemand bestellte ein Wasserbett im Wege eines Fernabsatzvertrages (über das Internet). Nach Erhalt der Ware wurde es „testweise“ mit Wasser befüllt. Danach entschied sich der Käufer, von seinem Widerrufsrecht durch Rückgabe Gebrauch zu machen. Der Verkäufer wollte nunmehr nur einen Teil des Kaufpreises zurück erstatten, mit dem Argument, dass nur noch die Heizung des Bettes verwertbar sei. Zu Unrecht, urteilten die Richter des Bundesgerichtshofs unter Verweis auf die Fernabsatzrichtlinie, Art. 6 RL 97/7/EG, und schuldrechtliche Vorschrift, § 357 Absatz 3 Satz 2 BGB. Die Wertminderung ist unerheblich, weil der Käufer die Ware lediglich geprüft und ausprobiert hat.

Bundesgerichtshof VIII ZR 337/09, Urteil vom 03.11.2010

Keine Mietminderung bei nur gelegentlichem Hundebellen

Ein Mieter fühlte sich durch das Bellen des Hundes seines Nachbarn derart gestört, dass er die Miete gegenüber dem Vermieter mindern wollte. Die Sache landete vor Gericht. Dieses entschied, dass eine Minderung nicht in Betracht kommt. Das gelegentliche Bellen sei Element einer üblichen Lärmkulisse wie Fahrstuhl- oder Duschgeräusche. Lediglich durchgehendes Bellen könnte einen solchen Anspruch begründen.

Amtsgericht Hamburg 49 C 165/05, Urteil vom 06.03.2005

Versicherungsschutz trotz Fahrzeugschein im Fahrzeug

Ein teilkaskoversicherter Pkw (Wert: 9.500 Euro) wurde entwendet. Daher machte der Fahrzeughalter eine Schadensersatzforderung gegenüber der Versicherung geltend. Diese weigerte sich zu zahlen, mit dem Argument, dass der Fahrzeugschein im Handschuhfach aufbewahrt wurde. Dies bewerteten die Richter, die über die Klage des Betroffenen zu entscheiden hatten, anders. Das Aufbewahren des Fahrzeugsscheins im Wageninneren stellt lediglich eine „unerhebliche Gefahrerhöhung“ dar, zumal der Dieb in der Regel nicht wissen kann, dass das Dokument sich dort befindet. An dieser Betrachtung ändert auch nichts, dass „nur noch“ der Fahrzeugbrief gefälscht zu werden braucht.

Oberlandesgericht Oldenburg 5 U 153/09, Urteil vom 07.07.2010
Andere Auffassung wegen Erleichterung beim Grenzübertritt:
Oberlandesgericht Celle 8 U 62/07, Urteil vom 09.08.2007

Anspruch auf Umgangsrecht auch in Übersee

Foto: Uwe Molt / pixelio.de

Der Empfänger von Grundsicherung nach dem SGB II darf vom Kostenträger auch relativ hohe Reisekostenübernahme verlangen, wenn er vom Umgangsrecht mit seinem Kind Gebrauch macht. So urteilten die Sozialrichter in einem Fall, in dem ein Vater seinen Sohn, der mit seiner Mutter in den USA lebte, besuchen wollte. Zugesprochen wurde die Bezahlung der Kosten für Flug und Unterkunft in Höhe von 900 Euro pro Quartal. Die Entscheidung stützt sich auf die Regelung für Mehrbedarf beim Lebensunterhalt, § 21 SGB II.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz L 1 SO 133/10 B ER, Beschluss vom 24.11.2010

Anmerkung: Das Umgangsrecht ist das Recht des Kindes zum Umgang mit „jedem“ (also beiden) Elternteilen, § 1684 Absatz 1 BGB.

Tiere dürfen nicht tätowiert werden

Ein Mann aus Lüdinghausen beabsichtigte, einen „Tattoo-Service für Tiere“ als Gewerbe einzurichten. Er hatte schon mit den Vorbereitungen begonnen, ein von ihm gehaltenes Pony mit einer „Rolling-Stones-Zunge“ zu tätowieren. Das Verwaltungsgericht Münster entschied, dass ein gegen dieses Vorhaben durch den Landrat des Kreises Coesfeld erlassenes Verbot rechtmäßig ist. Dem Argument die Tiere „individuell verschönern“ zu wollen, hielt das Gericht die Schmerzen entgegen, die ein solcher Vorgang verursacht. Ein Tier ist nicht in der Lage, zu begreifen, warum es Schmerzen empfindet und für welche Dauer. Normative Grundlage für die Entscheidung ist insbesondere § 5 Absatz 1 Satz 1 des Tierschutzgesetzes.

Verwaltungsgericht Münster 1 L 481/10, Beschluss vom 04.10.2010